

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfasskasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Befendinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Helfst den Erwerbslosen!

An alle Verbandsmitglieder!

Kameraden! Aus den harten und schweren Kämpfen der letzten Jahre ist unser Zentralverband dank der Opferwilligkeit und Solidarität seiner Mitglieder unerschüttert hervorgegangen. Zwar mußten an alle Verbandsmitglieder außerordentliche Anforderungen gestellt werden, sowohl an die unmittelbar von den Kämpfen Betroffenen, als auch an die in Arbeit Verbliebenen. Allein alle Kameraden haben starkes Vertrauen zum Verbandsverband bewiesen, alle sind ernstlich besorgt gewesen, den Verband über die schwerste Zeit hinwegzubringen. Ihre vereinten Anstrengungen haben Erfolg gehabt.

Nach Abschluß der besonders umfangreichen Lohnkämpfe im Jahre 1925 hat sich unser Zentralverband überraschend schnell wieder erholt, konnte er auch seine Finanzlage wieder günstiger gestalten. Das war erfreulich auch insofern, als für die Wintermonate voraussichtlich mit einer größeren Erwerbslosigkeit und demzufolge mit außerordentlichen Aufwendungen für Erwerbslosenunterstützung gerechnet werden mußte. Diese Erwartungen haben nicht getrogen. Die Erwerbslosigkeit ist größer geworden, als man vermuten konnte. Die schwere Wirtschaftskrisis, die über Deutschland hereingebrochen ist, hat auch das Baugewerbe in bisher kaum gekanntem Umfange erfaßt. Der früh und heftig auftretende Winter hat ein übriges getan. Die monatlichen Feststellungen unseres Verbandes geben über den Grad der Arbeitslosigkeit unter unsern Mitgliedern hinreichend Aufschluß. Soweit sich bis heute übersehen läßt, ist auf eine alsbaldige Besserung der Lage des Baumarktes, mit einer Belebung der Bautätigkeit, nicht zu rechnen; vielmehr darf mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen werden, daß die Erwerbslosigkeit in ihrem bisherigen Umfange noch längere Zeit anhalten wird, so daß mit einer noch stärkeren Inanspruchnahme der Verbandsmittel für Erwerbslosenunterstützung gerechnet werden muß. Bei einer derartig starken Inanspruchnahme unserer Verbandsmittel besteht jedoch die Gefahr, daß die Schlagkraft des Verbandes recht fühlbar beeinträchtigt wird. Verbandsauschuß und Zentralvorstand haben sich deshalb in gemeinsamer Sitzung am Sonntag, 24. Januar 1926, mit der allgemeinen Lage befaßt. Wohl wissend, daß in weiten Verbandskreisen der Standpunkt vertreten wird, daß unser Zentralverband in erster Linie Kampfsorganisation ist und erst in zweiter Linie für die Unterstützung seiner erwerbslosen Mitglieder einzutreten hat, haben die Verbandsinstanzen dennoch von einschränkenden Maßnahmen hinsichtlich der Erwerbslosenunterstützung abgesehen. Bei ihnen herrschte die Auffassung vor, daß in dem Augenblick, wo die Not der Erwerbslosen ungeheuer groß ist, wo die Gewerkschaften ihre Forderungen an die Regierungen auf möglichst ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen nachdrücklich geltend machen, sie auch von sich aus alles tun sollten, das Los der Erwerbslosen einigermaßen erträglich zu gestalten. Eine Beschränkung der Rechte der Erwerbslosen würde — so war die Meinung der Verbandsinstanzen — die Erwerbslosen sehr hart treffen und für den Gesamtverband leicht schädigende Wirkungen auslösen. Weiter waren die Verbandsinstanzen jedoch darin völlig einig, daß in Anbetracht der immer noch herrschenden Unsicherheit über den Ausgang der Reichsarbeitsverhandlungen und die damit in Verbindung stehenden Lohnkämpfe im laufenden Jahre, eine Schonung der Verbandsmittel unbedingte Pflicht sei. Um das zu erreichen, blieb nur übrig, von den in Arbeit stehenden Mitgliedern eine besondere Beitragsleistung zu fordern; denn schließlich müssen die in

Arbeit stehenden Mitglieder leichter ein Opfer bringen können, als die an sich schon durch Erwerbslosigkeit schwer betroffenen Kameraden.

Die Verbandsinstanzen haben deshalb einstimmig beschlossen, daß alle in Arbeit stehenden Mitglieder im Laufe des ersten Quartals dieses Jahres drei Doppelbeiträge zu leisten haben.

Der erste Doppelbeitrag ist fällig am 6. Februar, der zweite am 20. Februar und der dritte am 20. März.

Es wird erwartet, daß alle in Arbeit stehenden Mitglieder diesem Beschlusse ungesäumt und freudig nachkommen. Die Zahlstellen sind verpflichtet, für umgehende Einsendung dieser Beiträge an die Verbandshauptkasse Sorge zu tragen.

Kameraden! Die Verbandsinstanzen wissen zwar, daß diese Maßnahme von Euch erneut Opfer fordert; sie sind aber ebenso sehr davon überzeugt, daß die in Arbeit stehenden Mitglieder dieses Opfer für ihre erwerbslosen Kameraden gern und willig auf sich nehmen werden.

Kameraden! Sorgt für strengste Durchführung des vorstehenden Beschlusses. Beweist aufs neue die alte unverbrüchliche Solidarität, die unsern Zentralverband groß und stark gemacht und ihn über alle noch so schwierigen Situationen hinweggeholfen hat.

Der Verbandsauschuß. Der Zentralvorstand.
J. A.: Herm. Kube. J. A.: Ad. Schönfelder.

Internationale soziale Bewegung.

Steigende Arbeitslosigkeit.

Das Fortschreiten der Wirtschaftskrise in einer Anzahl von europäischen Ländern und das saisonmäßige Abflauen der Beschäftigung während der Wintermonate bewirkte in diesen ein riesiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Vor allem in Oesterreich nimmt die Arbeitslosigkeit erschreckend rasch zu: von Mitte November bis Ende Dezember stieg die Zahl der unterstützten Arbeitslosen von 124 500 auf 240 000 und mit einer weiteren Steigerung bis auf 300 000 muß gerechnet werden. Auch in Polen ist die Arbeitsmarktlage sehr schlecht. Die 302 000 eingetragenen Arbeitslosen machen 50 % der gesamten in Industrie und Bergbau beschäftigten Arbeiterschaft aus; unter Hinzurechnung der Nichteingetragenen und der Kurzarbeiter ergibt sich eine Beschäftigungslosigkeit für 70 % der Arbeiterschaft, wobei die stellenlosen Angestellten und die zahlreichen Entlassungen unter den Landarbeitern noch nicht eingerechnet sind. Erwerbslosenunterstützung erhält nur ein kleiner Teil der Arbeitslosen. Zugunommen hat die Arbeitslosigkeit vor allem auch in Dänemark, das noch immer unter der Deflationskrisis leidet. Die von den Gewerkschaften angegebene Zahl von 43 000 Arbeitslosen im November erhöhte sich bis Anfang Januar auf 84 000. Ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ist somit ohne Beschäftigung. Steigende Arbeitslosenziffern zeigen ferner Italien (von 82 800ollarbeitslosen Ende September auf 85 800 Ende Oktober), Norwegen (von 22 700ollarbeitslosen am 15. November auf 26 000 am 15. Dezember), Schweden (10 % arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder Ende Oktober gegenüber 8,5 % im Monat vorher). Dagegen hat Frankreich noch immer so gut wie gar keine Arbeitslosigkeit, und auch in Belgien hat sich die niedrige Zahl der Arbeitslosen kaum verändert. Einen, wenn auch durchgängig nur leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit dagegen zeigen Großbritannien, wo die Zahl der Erwerbslosen während der Monate November und Dezember von 1 295 000 auf 1 102 000 sank, ferner Holland und Ungarn. Unter den zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffenen Maßnahmen ist vor allem ein in Dänemark angenommenes Gesetz zu erwähnen, nach dem für Notstandsarbeiten, die durch Staat, Gemeinden oder Private ausgeführt werden, ein Zuschuß aus dem Arbeitslosen-Fonds ausbezahlt werden soll, in Höhe von 3 Kronen täglich für jeden beschäftigten Arbeiter, und ferner ein eventueller Beitrag zu den Materialkosten solcher Notstandsarbeiten (soweit in Dänemark produziertes oder verarbeitetes Material verwendet wird) in Höhe von 20 % der Ankosten. Außerdem hat die dänische Regierung eine Novelle zum Arbeitslosengesetz vorgelegt, die für die Dauer eines halben Jahres den Staatszuschuß an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen von 35 auf 45 % erhöht und die Unterstützung bei außerordentlicher Arbeitslosigkeit von zwei Dritteln auf die volle Höhe des Arbeitslosenunter-

stützungssatzes hinaufführt. Ferner wurden in Oesterreich von den sozialdemokratischen Organisationen Maßnahmen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen, unter denen außer wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor allem hervorzuheben ist, daß aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge denjenigen Unternehmern, die Arbeitskräfte neu einstellen, eine Beschäftigungsprämie in Höhe von drei Viertel des Arbeitslosenunterstützungssatzes für jeden neu eingestellten Arbeiter gewährt wird.

Angeichts der schwierigen Arbeitsmarktlage ist die Zahl der Arbeitskämpfe gering. Während der schon drei Monate dauernde Streik der indischen Baumwollspinner nunmehr beigelegt werden konnte (die angebotene Lohnföhrung von 11 1/2 % konnte vermieden werden, dafür hebt die Regierung die Baumwollsteuer auf), nimmt der Streik der Anthrazitbergarbeiter der Vereinigten Staaten seinen Fortgang. Die Gewerkschaften fordern für den neu abzuschließenden Tarifvertrag eine Lohnerhöhung von 10 % für die Gedingelöhne, von einem Dollar je Schicht für die Schichtlöhne, und die Einführung der direkten Uebertragung der Gewerkschaftsbeiträge von den Unternehmern an die Gewerkschaften. Im belgischen Bergbau dagegen konnte ein offener Konflikt vermieden werden, indem einer dreiprozentigen Lohnföhrung zugestimmt wurde. Auch der Streik der belgischen Metallarbeiter, die eine fünfprozentige Erhöhung ihrer Löhne gefordert hatten, wurde beendet, indem außer für die schon bisher höher entlohnerten Gruppen (die Metallarbeiter von Charleroi) eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 1/2 % für die Dauer bis Ende März vereinbart wurde. In dem Konflikt der englischen Eisenbahner fällt das Lohnamt einen Schiedsspruch, der die Beibehaltung der bisherigen Sätze vorsieht. In Oesterreich wurde ein allgemeiner Streik der Post-, Telephon- und Telegraphenangestellten vermieden, indem den Angestellten eine Gewinnbeteiligungsrate, deren Mindestbetrag in Vierteljahrssätzen voranzahlbar ist, gewährt wurde. Auch die französischen Staatsbeamten forderten angesichts der wachsenden Teuerung Erhöhung ihrer Gehälter um 1800 Franken und die Einführung einer mit dem Index gleitenden Gehaltsbemessung.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind eine Reihe von Neuerungen zu verzeichnen. In England sowie in Belgien tritt die gesetzlich beschlossene Ausgestaltung der Sozialversicherung in Kraft; den bestehenden Versicherungszweigen wird in England eine obligatorische Kranken- und Altersversicherung, in Belgien eine obligatorische Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung hinzugefügt. Auch in Japan soll jetzt das schon lange beschlossene Krankenversicherungsgesetz zur Ausführung gebracht werden. In der Schweiz wurde durch Volksabstimmung der Bund zur Schaffung einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung, später einer Invalidenversicherung ermächtigt. Durch einen Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Oesterreich und Deutschland wurde die völlige Gleichstellung der Angehörigen beider Staaten in sozialversicherungsrechtlicher Beziehung vereinbart, während in einem Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich die gleiche rechtliche Behandlung der französischen und tschechischen Arbeiter bestimmt wurde, wodurch vor allem eine Ausbeutung der tschechischen Landarbeiter in Frankreich verhindert werden soll. Aus der Arbeiterschutzgesetzgebung ist zu erwähnen, daß Rumänien das internationale Abkommen über das Verbot der Meißelverwendung unterzeichnet hat, und daß der belgische Senat einem diesem internationalen Abkommen entsprechenden Gesetzentwurf zustimmte. Ein Arbeitsgesetz liegt jetzt in Italien dem Senat vor. Danach müssen sämtliche das Arbeitsverhältnis betreffende Fragen einem Appellationsgerichtshof vorgelegt werden. Streiks und Aussperrungen sind untersagt und strafbar. Bestraft wird auch die Nichtausführung der Schiedssprüche des Gerichtshofes, der aus 3 behördlichen Vertretern und 2 vom Präsidenten ernannten Beisitzern besteht. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens muß die im österreichischen Nationalrat eingebrachte Mietergesetznovelle hervorgehoben werden, in der zwar keine Aufhebung der Kündigungsbeschränkungen, wohl aber ein allmählicher Abbau der behördlichen Mietinsregelung bis zum 31. Dezember 1928 vorgesehen wird. Ferner wurde in Australien in erster Lesung ein Gesetzentwurf über das Wohnungswesen der Landarbeiter angenommen, der dem Arbeitgeber die Sorge für ausreichende Wohnungen auferlegt und genaue Bestimmungen über die Beschaffenheit der Landarbeiterwohnungen trifft. Unter den neuen Arbeitszeitregelungen ist hervorzuheben, daß in Neuqudwales (Australien) ein Gesetz angenommen wurde, das die 44-Stunden-Woche bei unverminderter Lohnhöhe für alle Industrien festlegt (ebenso wie ein Gesetzentwurf in Westaustralien), und für Arbeiten unter Tage und an heißen Arbeitsstätten eine Höchstarbeitszeit von 6 Stunden bestimmt, außerdem für die Zwecke der Arbeitsstreckung Einschränkung oder völliges Verbot für Ueberarbeitszeit vorsieht. In Palästina haben die Arbeiter das Zugeständnis des Neunstundentages von den Unternehmern erlangt. In Schweden liegt jetzt im Parlament ein Arbeitszeitgesetz und ein Gesetz zur Regelung der Nacharbeit in Bäckereien vor; beide Entwürfe lehnen

sich an die internationalen Konventionen an. Westaustralien berät ebenfalls einen Entwurf über das Nachtarbeitverbot.

Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist der Anschluß der amerikanischen Textilarbeiter an die internationale Organisation der Textilarbeiter, der Beitritt des amerikanischen Verbandes der Zimmerer und Tischler zur internationalen Union der Holzarbeiter und der Beitritt des norwegischen Verbandes der Schneider zur internationalen Bekleidungsarbeiterföderation zu nennen, während unter den nationalen Zusammenhängen der Plan einer Vereinigung des englischen Transportarbeiterverbandes mit dem Gemeindefabrikantenverband (beide Gewerkschaften zusammen umfassen 600 000 Mitglieder) erwähnenswert ist. Aus Japan wird über eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung berichtet. Dem allgemeinen Gewerkschaftsbund, dem 47 Gewerkschaften mit 17 000 Mitglieder angehören, steht der radikalere japanische Gewerkschaftsrat, der 32 Gewerkschaften mit 11 000 Mitgliedern umfaßt, gegenüber. E. T.

Effektenkapitalismus, Börsenhausse und Konjunktur.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist voller Widersprüche. Um dies zu erkennen, braucht man nur das deutsche Wirtschaftsleben genau zu beobachten. Seit dem 1. Dezember des verfloffenen Jahres nimmt die Steigerung der Arbeitslosigkeit ein atemberaubendes Tempo an. Auch im neuen Jahre hat die Arbeitslosigkeit weitere, und zwar rapide Fortschritte gemacht. Auf der Gegenseite ein anderes Bild. Die Aktienkurse schnellen an der Börse in steiler Kurve in die Höhe. Es sind Kurssteigerungen bis zu 50 % bei einigen Papieren innerhalb kurzer Zeit zu verzeichnen. Durchweg beträgt die Steigerung der Aktienkurse an der Berliner Börse vom 31. Dezember 1925 bis zum 16. Januar 1926 20 %. Was liegt einer solchen Börsenbewegung zugrunde, wenn das Wirtschaftsleben so schwer daniederliegt? Warum gehen die Aktienkurse einen genau entgegengesetzten Weg als die Arbeitslosigkeit? Ist dies vielleicht ein Zeichen dafür, daß der Tiefstand der Krise überwunden ist? Diese Fragen wird sich jeder Arbeiter vorlegen, der sich die Mühe macht, die Geheimnisse der kapitalistischen Wirtschaft zu ergründen. Einige Aufklärungen werden dabei gute Dienste leisten.

Die Börse erhielt ihren Impuls von mehreren Seiten. Der erste Anstoß zur Hausse kam von New York. In den ersten Tagen des neuen Jahres wurde plötzlich die Nachricht über den großen Reich gefunkt, daß in Amerika ein Investment Trust gegründet sei zu dem Zwecke, deutsche Aktienpapiere zu erwerben. Nicht unwesentlich wirkte weiter die Nachricht auf die Börse, daß der Nährtrufst zustande gekommen sei. Der dritte Umstand, die Börse aus dem Schlaf zu wecken, war das Kreditangebot im Ausmaß von einer halben Milliarde der Golddiskontbank an die Landwirtschaft. Diese drei Momente waren es vor allem, die die Effektenkurse hurtig in die Höhe trieben.

Da der Charakter und die prinzipielle Bedeutung der Investment Trusts in Deutschland wenig bekannt sind, dürften einige Aufklärungen darüber willkommen sein. Bei der Gründung der Investment Trusts handelt es sich zum ersten um die mit dem Sitze in New York gegründete European Shares Incorporated. Die Führung hat die amerikanische Bankfirma Hayen, Stone & Co. Deutscherseits sind die Bankhäuser Warburg, Hamburg, die Darmstädter und Nationalbank und zwei Bankfirmen in Köln beteiligt. Das Aktienkapital beträgt vorläufig 5 Millionen Dollar. Diese Gesellschaft soll gute deutsche Aktienpapiere erwerben, ohne eine direkte Einflußnahme auf die Unternehmungen im Auge zu haben oder eine direkte Kreditgabe in Erwägung zu ziehen. Eine andere Gründung, die dieser alsbald folgte, war die German Credit and Investments Corporation. Hier ist die Firma Dillon, Read & Co., New York, maßgebend, die auch den Kredit der Rhein-Elbe-Union von 25 Millionen Dollar besorgte. Von deutscher Seite sind die Diskont-Gesellschaft, Wendelsohn und die Kreditversicherungs A.-G. beteiligt. Letzteres Unternehmen ist zur Kreditverförmigung von mittleren deutschen Firmen gedacht, die einen kleinen Kapitalbedarf haben und nicht in der Lage sind, große Darlehen öffentlich aufzunehmen. Die German Credit will in Amerika eine Anleihe von 15 Millionen Dollar auflegen, die dann gegen entsprechende Sicherheiten an die betreffenden Unternehmungen in Deutschland weitergegeben werden sollen.

Neben dieser Einflußnahme des ausländischen Kapitals auf deutsche Unternehmungen sind verschiedene Momente interessant. Das gut orientierte amerikanische Finanzkapital muß doch die Wirtschaft Deutschlands als durchaus gesund ansehen, wenn größere Kreditsummen flüßig gemacht werden. Andernfalls muß man doch jenseits des Ozeans davon überzeugt sein, daß die Krise in Deutschland bald behoben sein wird. Doch neben diesen gewiß nicht unwichtigen Merkmalen der ausländischen Kreditgewährung interessiert vor allem die Art und Weise, wie dies alles vor sich geht.

Investment Trusts — was ist das? Die Investment Trusts haben ihre Heimat in England, wo sie bereits in den sechziger Jahren entstanden. Man könnte sie als Treuhändergesellschaften für Kapitalanlagen bezeichnen. Sie waren eine Art genossenschaftlicher Zusammenschluß von Effektenbesitzern, die das Risiko des Wertpapierbesitzes auf möglichst viele Schultern verteilen wollten. In den Investment Trusts fließen die Effekten vieler Gesellschaften und Unternehmungen, Staatspapiere usw. zusammen. So war die Risikoverteilung durch eine zweckmäßige Kombination in einer großen Gesellschaft herbeigeführt. Bei den Investment Trusts darf nur ein verhältnismäßig kleiner Anteil, seien es Aktien oder Obligationen, von einer bestimmten Gesellschaft übernommen werden, um nicht von einer Seite gefährdet zu werden und das Prinzip der Risikoverteilung nicht zu verletzen. Diese Grundlinien der Investment Trusts werden wohl noch vielfach aufrechterhalten, haben aber inzwischen, namentlich in Amerika, mannigfache Erweiterungen erfahren. Bei der European Shares Inc. ist vorgegeben, daß die Verteilung auf möglichst breiter Grundlage vor sich gehen soll, das heißt Effekten von mehreren Unternehmungen erworben werden sollen.

Alle derartigen Korporationen, die in Deutschland nur in den Holding-Gesellschaften ein entferntes Gegenstück haben, sind die Exponenten des Effektenkapitalismus. Dieser ist der wahre Revolutionär der Epoche des Hochkapitalismus und die höchste Stufe der Entpersönlichung des Kapitals. In ihm wird die Trennung des Kapitalisten vom Unternehmer klar vergegenständlicht. Die vollständige Mobilisierung des fiktiven Kapitals für die industrielle Produktion war nur mit und durch den Effektenkapitalismus möglich. Effektenübernahme-, Kontroll- und Finanzierungs-gesellschaften haben es bewirkt, daß das internationale Kapital, wo es sich auch befand, magnetisch angezogen und der kapitalistischen Produktion über den Umweg von Zwischengesellschaften zur Verfügung gestellt wurde. Solange das Geldkapital nicht die Form der Effekten hatte, konnte ein Unternehmer sein Kapital mittels desjenigen eines andern nur ergänzen, wenn er mit diesem in Beziehungen trat. Anders heute, wo das gesamte stehende Kapital in Effekten vergegenständlicht ist, an der Börse freit und dort von jedem Geldbesitzer erworben oder täglich wieder veräußert werden kann. Alle persönlichen Beziehungen zwischen den Geldbedürftigen und den Geldbesitzern werden dadurch überflüssig. Die Loslösung des Kapitals vom Unternehmer ist restlos durchgeführt.

Durch das Auftreten der Investment Trusts in Deutschland wird ein Entwicklungsgang gekennzeichnet, der nach der vollständigen Internationalisierung des Kapitals geht. Die deutsche Wirtschaft wird in den Zirkulationskreis des internationalen Finanzkapitals hineingezogen. Die Internationalisierung wird dadurch wesentlich gefördert. Man kann eine solche Entwicklung bedauern oder nicht, ihr Weg ist vorgezeichnet, und wir müssen uns damit abfinden. So hat der internationale Effektenkapitalismus auch die deutsche Börse zu neuem Leben erweckt und die Aktienkurse in Bewegung gebracht.

Um die Börse anzukurbeln, mußten Investment Trusts in New York ins Leben gerufen werden. Die Effektenbesitzer atmen auf. Sie haben ein Recht dazu. Die Börse wird als ein sicheres Barometer der Wirtschaftskonjunktur betrachtet. Öffentlich ist sie dies auch jetzt, damit sich bald wieder alle Köpfe in Deutschland drehen und die Millionen Arbeitsloser wieder von der Straße und zu Arbeit und Verdienst kommen. Es ist tatsächlich an der Zeit, daß nicht nur die Effektenbesitzer, sondern das arbeitende Deutschland aufzuatmen Gelegenheit hat.

Berufsausbildung und Produktionsergiebigkeit.

Seit Jahren leidet das Wirtschaftsleben unter sich immer wiederholenden schweren Erschütterungen, von denen besonders die Arbeiterschaft stark betroffen wird. Von den Unternehmern wie von den bürgerlichen Parteien in Deutschland wird versucht, diese Erscheinungen als eine Folge der staatlichen Umwälzung, sowie der sozialen Maßnahmen hinzustellen, die sich in ihrem Verlauf als notwendig erwiesen. Den dahingehenden Behauptungen steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß sich die wirtschaftlichen Erschütterungen nicht auf die Länder beschränken, die, wie Deutschland und Oesterreich, von diesen Umwälzungen betroffen wurden, sondern sich auf alle, selbst auf die von dem Weltkriege nicht erfaßten neutralen Länder erstrecken. Deshalb können die angeführten Ursachen für die vorhandene Wirtschaftslage nicht maßgebend sein, sondern es muß nach andern gesucht werden. Diese Untersuchung ist durch eine Produktionsenquete des Internationalen Arbeitsamtes in Genf angestellt worden, die zu sehr beachtenswerten, den Unternehmern sehr wenig angenehmen Ergebnissen geführt hat.

Von besonderem Interesse ist hierbei die Untersuchung über die Wirkungen der durch den Krieg veranlaßten Arbeitseinstellungen und Umstellungen. Sie bestätigt, was von gewerkschaftlicher Seite gegenüber den von den Unternehmern erhobenen Klagen über das Zurückgehen der Leistungsfähigkeit der Arbeiter angeführt wurde, nämlich, daß nicht mangelnder Arbeitswille der Arbeiterschaft diesen Rückgang verschuldete, sondern in ihm lediglich die wirtschaftlich verheerenden Wirkungen des Krieges zum Ausdruck gelangen. In der Enquete werden auf Grund der eingelaufenen Antworten diese Wirkungen als direkt katastrophal bezeichnet. Die berufliche Fertigkeit der Arbeiter habe während des Krieges stark gelitten, was bei der jahrelangen Fernhaltung von einer normalen Berufstätigkeit und dem Mangel einer sachlichen Fortbildung erklärlich erscheint. Wohl bemerkt, gilt diese Feststellung nicht nur für Deutschland, sondern für alle kriegführenden Länder. So wird zum Beispiel von einer Handelskammer in den Vereinigten Staaten der Leistungsrückgang der aus der Armee entlassenen Arbeiter bis zu 20 und 25 % geschätzt. Voll zum Ausdruck kamen freilich diese Rückwirkungen erst nach dem Waffenstillstand und in den ersten Friedensjahren.

Soweit es sich um vor dem Kriege beruflich ausgebildete Arbeiter handelte, die nach seiner Beendigung in ihren alten Beruf zurückkehren konnten, wurden diese nachteiligen Wirkungen verhältnismäßig bald überwunden und stellte sich die alte Leistungsfähigkeit wieder ein. Anders bei denjenigen, die zu einem Berufswechsel gezwungen waren. In zahlreichen Fällen blieb es nicht bei einem einmaligen Berufswechsel, er wurde in vielen Fällen häufiger notwendig, bis sich eine Uebereinstimmung der körperlichen und geistigen Eignung mit dem gewählten Beruf ergab. Aber auch dann war noch nicht die alte Leistungsfähigkeit erreicht. Wie begreiflich, waren es häufig Kriegsverletzungen, die zu einem wiederholten Berufswechsel Anlaß gaben, wobei nicht selten vorkam, daß der gelernte Facharbeiter zum Hilfsarbeiter herabsteigen mußte. Wie in Deutschland, ist denn auch in allen andern ehemals kriegführenden Staaten festzustellen, daß das Herab der ungelerten Arbeiter eine außerordentliche Vermehrung erfuhr, wovon selbst die neutralen Länder nicht unberührt blieben.

Die Enquete stellt weiter fest, daß die Ursachen der sich bald nach dem Kriege allgemein bemerkbar machen den Produktionskrise ihre sehr wesentliche Ursache in der durch den Krieg veranlaßten Vernachlässigung der Berufsausbildung hatte. Ja, daß es in dieser Zeit eine ordentliche Berufsausbildung gar nicht mehr gab. Von den Fachschulen Elsaß-Lothringens wird ein Rückgang der Besucherzahl von 70 bis 80 % gemeldet. Doch nicht nur in der Menge, sondern auch in der Qualität der Berufsausbildung war ein Rückgang zu verzeichnen. Die Ausbildung der Lehr-

linge wird als unvollkommen, oberflächlich, ihre technische Leistungsfähigkeit als ungenügend festgestellt. Wie konnte es anders sein! Der Krieg verlangte immer weitere Schlachtopfer! Immer neue Massen wurden ihm zugeführt. Dadurch mußte sich die Zahl der für die Lehrlingsausbildung notwendigen und fähigen Kräfte ständig vermindern. Nicht weniger wurden die Lehrlinge davon betroffen. Die Not zwang dazu, ihre Ausbildung vorzeitig zu beenden oder kaum begonnen, abzubrechen. Die eben erst Ausgebildeten versielen der Einberufung, mußten an die Front, wo sie bald vergaßen, was sie gelernt. Nicht besser erging es den Zurückbleibenden. Die Kriegsproduktion war lediglich Massenherstellung, Qualitätsarbeit kam nur in verhältnismäßig geringem Umfange in Betracht. Dem entsprach die Beschäftigung der Lehrlinge, bei der vielfach rein mechanische Arbeiten auszuführen waren, die jeder Arbeiter ohne besondere Anleitung ebenfalls verrichten konnte. Außerdem blieb die Entschädigung der Lehrlinge eine ungenügende. Unter diesen Umständen erschien der Eintritt in ein Lehrverhältnis meist zwecklos. Es war vorteilhafter, die aus der Schule entlassenen Jugendlichen sofort verdienen zu lassen. Dazu reizte nicht nur der in der Kriegsindustrie gezahlte relative hohe Lohn, sondern auch die Notlage an, in der sich die Bevölkerung während des Krieges befand, Umstände, die es neben dem Mangel an geeigneten Ausbildungsstätten und Material immer seltener werden ließen, die Jugendlichen einer Berufsausbildung zuzuführen.

Das alles ist im Grunde nichts Neues, bedeutsam dagegen, daß diese Feststellungen von Unternehmern herühren, die unbeeinflusst von irgendeiner Seite das Beständige, was die Gewerkschaften gegenüber den die deutsche Arbeiterschaft herabsetzenden Angriffen des Unternehmertums längst feststellten. Wir finden so hier wieder bewährte, daß die gleichen Ursachen die gleichen Wirkungen auslösen, daß die deutsche Arbeiterschaft und ihre produktive Leistungsfähigkeit den gleichen nachteiligen Einflüssen ausgesetzt gewesen ist wie die der andern Länder und ferner, daß diese Einflüsse nicht auf die politische Umwälzung, sondern auf den Krieg und den während seiner Dauer von dem Kapitalismus an der menschlichen Arbeitskraft verübten Raubbau zurückgeführt werden müssen. Anstatt aber sich selbst an die Brust zu schlagen, diese Tatsachen zuzugeben und ein System anzuklagen, das unzählige in körperliche und technische Minderwertigkeit herabwürzte, richtet das Unternehmertum heuchlerisch die Anklage gegen dessen Opfer, wirft sie zu Hunderttausenden auf die Straße und verlangt von ihnen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung.

Der noch vor nicht langer Zeit vorhandene und besonders von den Unternehmern beklagte Mangel an Arbeitskräften ist überwunden. An seine Stelle ist ein gewaltiger Ueberfluß getreten, bei dem sich aber ebenfalls zeigt, wie die angeführten Folgen des Krieges nachwirken. Die Zahl der ungelerten Arbeitskräfte ist nämlich relativ viel größer als die der gelernten. Gegenüber früheren Zeiten besteht hier ein starkes Mißverhältnis, das wenigstens zum Teil in dem gegenwärtigen Umfange der Gewerkslosigkeit zum Ausdruck kommt, weil nicht genügend Facharbeiter vorhanden sind, um die Masse der Hilfsarbeiter zu beschäftigen. Das ist ein ungesunder und für die Arbeiterschaft selbst nachteiliger Zustand, auf dessen Beseitigung sie hinarbeiten haben. Seine Beseitigung ist aber auch im Interesse der wirtschaftlichen Fortentwicklung geboten. Die deutsche Wirtschaft ist für die Folge in verstärktem Maße auf die Erzeugung von Qualitätsarbeit angewiesen, die aber auf verbesserter, der geschwächten Kaufkraft des Innen- und Außenmarktes angepaßter Grundlage geliefert werden muß. Mit der Produktion von minderwertigen Massenwaren sind keine dauernden wirtschaftlichen Erfolge zu erzielen. Damit rückt die gründliche Berufsausbildung des jugendlichen Nachwuchses wieder in den Vordergrund und erfordert, daß ihm die größte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Sie würde um so größere Bedeutung erlangen, wenn die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter nachgeben und anerkennen, daß der qualifizierten Arbeit auch ein entsprechender Lohn gebührt. m.

Verbandsnachrichten.

Veranstaltungen der Gauverbände.

Arbeits- und Wohnorte sowie Organisationsverhältnisse der Zimmerer des Gaues 10 (Schleswig-Holstein-Oldenburg).

Eine für die Organisation wertvolle Erhebung ist im Gau 10 durchgeführt worden. Die Gauleitung hat durch Umfrage alle im Wirkungskreis der einzelnen Zahlstellen belegenen politischen Gemeinden mit festen Arbeitsplätzen (Zimmerer-, Bau-, Beton- oder Tiefbaugeschäfte) oder festen Wohnungen für Zimmerer oder beides ermittelte. Die Feststellungen geschahen durch zwei Fragebogen. In dem ersten Fragebogen wurden alle politischen Gemeinden für jedes Zahlstellengebiet namentlich, und die Anzahl der in ihnen belegenen Zimmererplätze und Wohnungen für Zimmerer, einschließlich Poliere und Zimmerlehrlinge aufgezählt. Der zweite Fragebogen war eine Ergänzung des ersten. Er erfaßte die in jeder einzelnen politischen Gemeinde vorhandenen Zimmererbetriebe, Bau-, Beton- oder Tiefbaugeschäfte; weiter die Anzahl der in diesen Gemeinden wohnhaften Poliere, Gesellen, Lehrlinge, Zimmererhilfsarbeiter und Säger sowie deren Organisationsverhältnisse. Der zweite Fragebogen wurde jeder Zahlstelle in der Anzahl zugesandt, wie auf dem ersten Fragebogen politische Gemeinden angegeben waren. Sämtliche 87 Zahlstellen des Gaues haben die Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt.

Die 87 Zahlstellen umfassen zusammen 446 selbständige politische Gemeinden mit festen Arbeits- oder Wohnplätzen für Zimmerer. In diesen 446 politischen Gemeinden wurden 1032 Zimmererbetriebe, 600 Baugeschäfte und 58 Beton- oder Tiefbaugeschäfte ermittelt. 448 Zimmerpoliere, 9056 Zimmergesellen und 1279 Zimmerlehrlinge hatten in diesen Orten ihren Wohnsitz. Von den ermittelten Poliieren gehörten 365 oder 81,5 % unserm Verbands an, 69 Poliere oder 15,4 % waren in andern Verbänden organisiert, und

im Jahre 1925 behandelt. Nach einer Ehrung der im vergangenen Jahre verstorbenen Kameraden wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten, die schnell ihre Erledigung fand. Die Versammlung beschloß, daß die im Sommer zuviel gezahlte Streikunterstützung von der Lokalkasse zu übernehmen sei. Nach Erledigung weiterer Zahlstellenangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Augsburg. Am Sonntag, 10. Januar 1926, fand unsere diesjährige Jahresgeneralversammlung statt. Vorsitzender Kamerad Egger konnte zur angelegten Zeit die Tagesordnung bekanntgeben, die ohne Erinnerung angenommen wurde. Der Jahresbericht des Vorstandes zeigte, daß auch in diesen verfloßenen 12 Monaten die Arbeit nicht geringer war als in den Vorjahren, trotzdem wir in unserer Zahlstelle von einem Kampf verschont blieben; mußten wir doch mit Hand anlegen für unsere Berufskameraden, die in monatelangen Kämpfen standen und nicht geringe Opfer brachten, um ihre Position zu behaupten und den Widerstand der Unternehmer zu brechen. Auch der Bericht des Kassierers wies Zahlen auf, die für sich selbst sprechen und befriedigend für unsere Zahlstelle waren. Leider ist der Mitgliederstand im 4. Quartal erheblich zurückgegangen infolge Abreise und dergleichen. Im weiteren wurden die Delegierten unserer Wahlabteilung bekanntgemacht, die Wahl soll am Montag, 18. Januar, durchgeführt werden. Die eingegangenen Anträge zum Verbandstag wurden gleichfalls mit erledigt und werden ungeändert an die Zentrale überwiesen. Der Wahlvorgang zur Besetzung des Ortsausschusses ging glatt von statten; mit einigen Ausnahmen wurde der alte Vorstand wieder in seine Funktion gesetzt. Im Punkt „Verschiedenes“ gab es eine Reihe Angelegenheiten zu erörtern und zu erledigen, unter andern das vierzigjährige Gründungsfest unserer Zahlstelle; der im Entstehen begriffene Modellierkurs für unsere Jungkameraden, die zur Zeit bestehende Arbeitslosigkeit, die Verhältnisse zwischen Betrieben und unserer Organisation und dergleichen mehr. Hierauf konnte der Vorsitzende nach einer dreistündigen Dauer die sachlich gutverlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und Absingen des Liedes „Auf, Kameraden, zum Verbands“ schließen.

Brunsbüttel. Die von unserer Zahlstelle am 16. Januar einberufene Jahresgeneralversammlung war ausnahmsweise zufriedenstellend besucht. Durch Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnete Kamerad Roth die Versammlung. Als erster Punkt wurde vom Kassierer die Abrechnung vorgelesen; daraus war ersichtlich, daß trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise unsere Lokalkasse gut abgeschnitten hat. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. An Hand ausführlichen Zahlenmaterials gab der Vorsitzende den Jahresbericht und erläuterte die wirtschaftliche Not und Kämpfe des verfloßenen Jahres. Wenn auch nicht alle Wünsche und Ziele, die sich die Organisation gestellt hatte, erreicht wurden, so sei doch anzuerkennen, daß es vorwärts gehe. Von Kameraden, die auf der Rheinania beschäftigt sind, wurde der Antrag gestellt, eine Beitragsklasse niedriger gesetzt zu werden, mit der Begründung, daß sie bei einem Stundenlohn von 81 $\frac{1}{2}$ prozentual mehr an Beiträgen bezahlen müßten als die übrigen Kameraden. Nach einer längeren und lebhaften Aussprache wurde beschlossen, niedrige Marken anzuschaffen. Des weiteren berichtete Kamerad Roth von der letzten Aufsichtsratsitzung der Bauhütte am Ort, wonach beabsichtigt sei, eine Werkstätte zu bauen und die dazu fehlenden Gelder von den Gewerkschaften zu den üblichen Zinsen aufzunehmen. Nach einer Befürwortung des Kameraden Roth wurde einstimmig beschlossen, einen Betrag dafür zu zeichnen. Ferner wurde beschlossen, zureisenden Kameraden, die ausgereist sind, 1 $\frac{1}{2}$ M aus der Lokalkasse zu verabfolgen. Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch eine Ermahnung an die Kameraden, der Zentralfrankenkasse der Zimmerer beizutreten.

Bunzlau. Am 10. Januar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt, die eine reichliche Tagesordnung zu erledigen hatte. Der Vorsitzende streifte in seinen Ausführungen die Entwicklung im letzten Jahre, die außerordentlich lehrreich für uns gewesen sei. Zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten der Zahlstelle waren 13 Mitgliederbesprechungen, 2 Vorstandssitzungen und 2 außerordentliche Versammlungen nötig. Leider sei zu verzeichnen, daß immer dieselben Kameraden die Versammlungen besuchten, und ein großer Teil nicht das nötige Interesse habe. Diesen Mangel abzustellen, müsse unsere Aufgabe im nun beginnenden Jahre sein. Der Mitgliederrückgang wurde durch eine eifrige Agitation wieder ausgeglichen, und viele Kameraden, die besonders im Jahre 1924 der Organisation den Rücken kehrten, konnten dem Verbands wieder zugeführt werden. Auch außerhalb unseres Zahlstellengebietes fanden Versammlungen statt zu dem Zwecke, neue Mitglieder zu gewinnen. Im Laufe des Jahres wurde eine Lehrlingsgruppe gegründet, die zur Zeit aus 16 Lehrlingen besteht. Auf dem Gebiete des Lehrlingswesens müsse noch mehr getan werden als bisher. Die Bautätigkeit war im Anfang des Jahres nicht besonders gut, sie besserte sich aber im Sommer und kam im Herbst völlig zum Erliegen, so daß heute 50 Kameraden erwerbslos sind. Auch der Lohn konnte verbessert werden und weist gegenüber dem Anfang des Jahres eine Steigerung von 18 $\frac{1}{2}$ auf. Wenn die Kameraden der Zahlstelle auch nicht an den Kämpfen beteiligt gewesen seien, so müsse doch jeder einzelne im Interesse des Verbandes und seiner Bestrebungen die Streikmarken kaufen. Leider habe sich gezeigt, daß nicht alle Kameraden diese Opfer gebracht hätten. Nur durch eine festgefügte Organisation könnten wir den Bestrebungen der Unternehmer trotzen und unsere Lebenslage verbessern. Auch aus dem Jahresbericht ist zu ersehen, daß es wieder vorwärts geht. Im 1. Quartal hatten wir eine Einnahme für die Lokalkasse von 902,85 M , die sich auf 2528,08 M im 3. Quartal steigerte. Entsprechend dieser Einnahme steigerte sich auch der Lokalkassenbestand. Die Mitgliederzahl weist auch eine Steigerung auf so daß wir heute 194 Kameraden zu verzeichnen haben. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Der anwesende Gauleiter, Kamerad Köhler, schilderte in seinen Ausführungen die Kämpfe des Jahres und wies auf alle die Lehren hin, die wir aus diesen Kämpfen ziehen müßten. Die Worte des Gauleiters machten auf alle Kameraden einen tiefen

Eindruck und waren ein Ansporn zu neuer Arbeit im beginnenden Jahre. Nachdem die Wahlen des Vorstandes erledigt waren und die Wahl des Delegierten auf Sonntag, 17. Januar, vertagt war, konnte die gut besuchte Versammlung nach Erledigung weiterer örtlicher Angelegenheiten geschlossen werden.

Bureau-Hauska. Am 17. Januar fand unsere erste Mitgliederversammlung in diesem Jahre statt. Die Versammlung war gut besucht und hatte eine vier Punkte umfassende Tagesordnung zu erledigen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und nach längerer Debatte wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Auf einen Antrag der Kassierer wurde beschlossen, die Entschädigung zu erhöhen, die nach diesem Beschluß in Zukunft 1 M für jeden Zimmerer im Quartal betragen soll. Es wurde gerügt, daß nur immer dieselben Kameraden die Versammlungen besuchen und viele Kameraden an den Versammlungen überhaupt nicht teilnehmen. Die nächste Versammlung findet in Bureau statt, an der alle Kameraden teilnehmen müßten.

Dortmund. Am 14. Januar wurde durch Unglücksfall unser alter Kämpfer und Mitbegründer der Zahlstelle, Kamerad Wilhelm Schröder, plötzlich aus unserer Mitte gerissen. Er gehörte, außer einer kleinen Unterbrechung, während der er Mitglied im alten Bergarbeiterverband war, seit 1887 dem Verbands als Mitglied an. Auf seiner Lieblingsstätte, in seinem Garten, der ihm oft als Erholung diente, wenn er das schwere Tagewerk vollbracht hatte, fand er seinen Tod. Kein Opfer war ihm zu groß, wenn es galt, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. In ihm verliert die Zahlstelle einen ihrer Besten. Sie wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Elmsborn. Am 17. Januar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt; sie war in Anbetracht der schlechten Witterung gut besucht. Nach dem Rapport und Tätigkeitsbericht des Vorstandes, woran keine Kritik geübt wurde, fanden die Vorstandswahlen statt. Der Vorsitzende, Kamerad Arpe, wurde wiedergewählt; für den eine Wiederwahl ablehnenden Kassierer wurde Kamerad Willi Kröger neugewählt. Als Schriftführer wurde der bisherige Kassierer, Kamerad Druwe, gewählt; alle übrigen Funktionäre wurden wiedergewählt. Die Wahl aller Funktionäre wurde im einzelnen Wahlgang mit fast Zweidrittelmehrheit gegen ein Duzend Stimmen der Opposition vorgenommen. Aber bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag offenbarte sich so recht die Verantwortungslosigkeit dieser oppositionellen Mitglieder, denn 10 von ihnen konnten es sich nicht verkneifen, bei der Wahl des von der vorigen Versammlung aufgestellten Kandidaten, unseres Kameraden Druwe, weiße Stimmzettel abzugeben. Der Vorsitzende kennzeichnete gebührend das Verhalten dieser Kameraden, die kurz vorher noch die Vereinigung der Amtsdamer und Moskauer Internationale gefordert hatten, aber in der eigenen Gewerkschaft das Solidaritätsgefühl in dieser Weise mit Füßen treten.

Hamburg und Umgegend. Am 14. Januar fand im Gewerkschaftshaus eine Zahlstellenversammlung statt; sie nahm Stellung zu dem Verbandstag und zur Delegiertenwahl. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kameraden Hoffhs, Wichert, Schröder und Kuttler. Kamerad Steinfeldt hielt über die Arbeiten des Verbandstages ein kurzes, aufklärendes Referat. Er ging besonders auf den Geschäftsbericht und auf Punkt 3 der Tagesordnung, „Lohnbewegungen, Lohnkämpfe und die Verhandlungen über den Reichstatarvertrag“ ein, wobei er noch einmal die besonderen Schwierigkeiten und die umfangreichen Kämpfe der verfloßenen Jahre hervorhob. Unser Verband habe dem vereinten Ansturm der Baugehaltigen in Verbindung mit dem Industriekapital zu trotzen vermocht; das war aber nur möglich dadurch, daß die Einheit des Verbandes gewahrt wurde und durch die Opferfreudigkeit der gesamten Mitgliedschaft. Zum Punkt „Tarifvertrag und Arbeitsrecht“ wünschte Redner, daß der Zentralvorstand hierfür einen geeigneten Referenten finden möge; für die besonderen Verhältnisse des Baugewerbes müsse ein Ergänzungsreferat gehalten werden, das die Vereinbarung über die Betriebsvertretung behandle und auf die darin enthaltenen Bedenken hinweise. Ein diesbezüglicher Antrag wurde vom Kameraden Steinfeldt eingebracht und von der Versammlung angenommen. Auch über den Bauarbeiterbeschutz müsse gesprochen werden; besonders, weil sich ein Bauarbeiterbeschutzgesetz in Ausarbeitung befindet. Kamerad Steinfeldt teilte noch mit, daß es dem Vorstand nicht möglich gewesen sei, den Bezirken noch Kenntnis zu geben, daß Anträge schon zu dieser Versammlung eingebracht werden müßten, da entweder die Bekanntmachung im „Zimmerer“ zu spät herausgegeben wurde oder die Frist bis zum Eingang der Anträge beim Zentralvorstand zu kurz bemessen sei. Auf Vorschlag beschloß die Versammlung, die Delegiertenwahl während der Debatte vorzunehmen. Nachdem die Wahlhandlung geschlossen war, wurde in die Debatte eingetreten. Erster Redner war Kamerad Stiehling, der zu den verschiedenen Anträgen Stellung nahm. Zur Sozialisierung forderte der Redner, daß überall Bauhütten errichtet werden, die mit der Zeit das Privatunternehmertum vom Bauparkt verdrängen müßten; überall müsse die Arbeit durch die Bauhütten ausgeführt werden. Auch müßten wir fordern, daß der Achtstundentag wieder hergestellt werde, da er in einigen Bezirken Deutschlands nicht mehr bestche. Gleichfalls müßten wir in den Genuß ausreichender Ferien kommen; den Verbandsangehörigen seien die Ferien solange zu entziehen. Nachdem noch Kamerad Paulini gesprochen hatte, erhielt Kamerad Steinfeldt das Schlußwort, worin er eingehend Stellung zu den vorliegenden Anträgen sowie zu den Ausführungen der Diskussionsredner nahm. Redner forderte zum Schluß, allen Parteifreien beiseite zu lassen und gemeinsam fruchtbringende Arbeit zu leisten zum Wohle des Verbandes und der gesamten Mitgliedschaft. Es folgte dann die Abstimmung über die Anträge. Als Delegierte wurden die Kameraden Steinfeldt mit 81, Volten mit 66, Mund (Harburg) mit 74, Boje (Blantensee) mit 51 und Hinrichs mit 65 Stimmen gewählt. Unter „Verschiedenes“ gab Kamerad Steinfeldt bekannt, daß in nächster Zeit eine Erwerbslosenversammlung der Zimmerer stattfindet. Weiter lag ein Antrag vor, betreffend Ausgezeichnetemunterstützung, desgleichen eine gleichlautende Anregung des Vorstandes, die Kamerad Reinstorff begründete. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung, daß ein Extrabeitrag ausgeschrieben werden soll.

Bei einem Extrabeitrag von 1 M pro Woche bis zum 31. März 1926 soll für diese Zeit eine Ausgezeichnetemunterstützung von wöchentlich 5 M gezahlt werden. Am 19. Januar, nachmittags von 6 bis 8 Uhr, fand in den Bezirken eine Urabstimmung über diesen Antrag statt. Eine Reihe Anfragen wurden vom Kameraden Steinfeldt beantwortet. Anwesend waren 80 Kameraden. Unentschuldig fehlten die Kameraden Lau, Schulz, Bokuhl, Reinhold, Vollmann, Schumann, Lund, Suderian, Brüggemann, Burmeister, Stöfken, Vollstedt, Heide, Thies, Brinkmann, Diekmann, Thülsen, Bött, Mohns, Rehber, Drowe, Thymian, Berg, Pälson, Willens, Rahl, Thebens, Blaffert, Henke und Franz.

Hannover. (Bericht von der Jahresgeneralversammlung, abgehalten im Gewerkschaftshaus am 17. Januar.) Der erste Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und sprach den Wunsch aus, daß im neuen Jahre, genau wie im alten, jeder seine Pflicht tun und fest zur Organisation halten müsse. Er wies auf die augenblicklich schlechte Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit hin. Der Achtstundentag sei dem Unternehmertum immer noch ein Dorn im Auge; es möchte trotz der großen Arbeitslosigkeit mehr als 8 Stunden arbeiten lassen. Dies zu verhindern, bedürfe es aber einer schlagkräftigen und zu allen Opfern bereiten Organisation. Hierauf erläuterte der Geschäftsführer die gedruckt vorliegende Quartals- und Jahresabrechnung. Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentrale schloßen im 4. Quartal mit 12926,07 M ab. Die Einnahme der Lokalkasse, einschließlich des alten Kassenbestandes, beträgt im 4. Quartal 19538,83 M . Die Ausgaben betragen 6025,94 M ; bleibt ein Kassenbestand von 13512,89 M . Die Jahresabrechnung ergab für die Zentrale eine Einnahme und Ausgabe von 52553,48 M . Die Einnahme für die Lokalkasse ist 29371,44 M ; gesamte Ausgabe 15858,55 M , bleibt ein Lokalkassenbestand von 13512,89 M , dazu im 3. Quartal zuviel an die Hauptkasse gesandt 915,17 M ; mithin Vermögen der Lokalkasse 14428,06 M . Aus dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Durch die großen Streiks und Aussparungen in unserm Verbands wurden an die Mitglieder große Anforderungen gestellt, die aber mit ganz verschwindenden Ausnahmen erfüllt wurden. Wieder ein Jahr intensiver Gewerkschaftsarbeit liegt hinter uns. Der Lohn stand im Anfang des Jahres auf 81 $\frac{1}{2}$ pro Stunde in der Spitze und stieg auf 1,12 M einschließlich 3 $\frac{1}{2}$ Verkehrszulage; mithin eine Steigerung von 38 $\frac{1}{2}$. Kann der heutige Lohn bei weitem nicht die Bedürfnisse des täglichen Lebens decken, so ist unsere Lohnsteigerung doch als ein guter Erfolg anzusprechen. Dieser konnte aber nur erreicht werden durch eine zielbewußte Leitung und eine vor keinem Opfer zurückweichende Mitgliedschaft. Im Jahresdurchschnitt war die Mitgliederzahl 708, die der Lehrlinge 55. Durch den Tod verloren wir 9 Mitglieder. Versammlungen wurden 19 abgehalten. In den Außenbezirken fanden 17 Versammlungen statt. Vorstands- und andere Sitzungen waren 21. Delegierten-sitzungen fanden 8 statt. In mehreren Verhandlungen wurde die Lohnfrage geregelt. Auch vor dem Arbeitsministerium in Berlin wurde die letzte Lohnhöhung verhandelt. Diese gestaltete sich besonders schwierig. War die Arbeitskonjunktur im Anfang des Jahres nur mittelmäßig, so sank sie gegen Schluß des Jahres ganz. Zur Zeit sind über 30 $\frac{1}{2}$ arbeitslos. Um den arbeitslosen Mitgliedern einigermaßen zu helfen, wurde zu Weihnachten außer der zentralen Unterstützung jedem Arbeitslosen eine Extraauszahlung gezahlt. Etwa 2000 M wurden ausgezahlt. Ein Mangel an Arbeitskräften war selbst in der besten Zeit nicht vorhanden. Aussicht auf Besserung ist, selbst wenn bessere Witterung eintreten sollte, leider nicht vorhanden. Die Bildungsbestrebungen für die Mitglieder und Lehrlinge wurden eifrig gefördert. Es fanden 5 Versammlungen mit aufklärenden Vorträgen statt. Kollege W. Boe sprach über die Bedeutung der Arbeiterpresse, Kamerad Schumann, Hamburg, über den Kampf unseres Zentralverbandes für wirtschaftliche Verbesserung der Zimmerer Deutschlands, Kollege Hartlieb, M. d. R., über: „Die drohende Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch die Zollvorlage“, Genosse Fritzsche vom Konsumverein Hannover über: „Welche Bedeutung hat der Konsumverein für die Arbeiterschaft?“, der Vorsitzende selber sprach über die neue staatliche Arbeitslosenversicherung. Der Versammlungsbefuch war nicht immer zufriedenstellend. Aufgabe des neuen Vorstandes im neuen Jahre muß es sein, durch geeignete Themen das Interesse der Mitglieder zu wecken und somit den Besuch der Versammlung zu heben. Nach langen Bemühungen ist es uns auch gelungen, in der Schule einen Raum für Schulungsabende unserer jungen Kameraden zu erhalten. Es wird seit Herbst vorigen Jahres ein Modellierkurs abgehalten, der das Interesse der Lehrlinge und auch vieler Gesellen erweckt hat. Den Unterricht erteilen hier zwei bei uns organisierte Poliere; hierdurch ist es möglich, unsere jungen Kameraden in unserm Handwerk fortzubilden. Es muß unsere Aufgabe sein, im kommenden Jahre alles daranzusetzen, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Hierauf wurde der gesamte Vorstand gegen 2 Stimmen per Affirmation wiedergewählt. Der Geschäftsführer wurde als Delegierter zum nächsten Verbandstage gewählt. Die Anträge zum Verbandstage wurden durchberaten und angenommen. Nach Erledigung kleinerer interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, im neuen Jahre alle an dem Ausbau der Organisation mitzuwirken. Trotz des herrschenden Schneewetters war der Besuch der Versammlung leblich gut.

Hannover i. Schl. Am 7. Januar fand hier die Jahresgeneralversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab der Freude Ausdruck, daß die Kameraden so zahlreich erschienen seien. Auch in diesem Jahre müßten wir alles einsehen und dem Verbands noch mehr Interesse entgegenbringen. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte und konnte schnell erledigt werden. Auch die Wahlen des Vorstandes konnten ohne Schwierigkeiten ihre Erledigung finden. Der Vorsitzende schilderte dann in seinen Ausführungen den Wert der Arbeiterbank für die Arbeiterschaft und empfahl allen Kameraden, die Bestrebungen dieser Bank nach besten Kräften zu unterstützen. Alle Arbeitergelder müßten der Arbeiterbank zugeführt werden. Nach einer Aussprache über diesen Punkt wurde die Versammlung geschlossen.

Heilbronn. Unsere Jahresgeneralversammlung fand am 17. Januar im „Schifferaal“ statt. Obwohl der Besuch zu wünschen übrig ließ, nahm die Versammlung doch einen schönen Ver-

lauf. Die Tagesordnung, die sieben Punkte umfaßte, konnte durch die Geschicklichkeit des Vorsitzenden schnell erledigt werden. Der Geschäfts- und Kassenbericht zeigte recht deutlich den Ernst der Zeit. In seinen Ausführungen wies der Vorsitzende besonders auf den Kampf im Mai vergangenen Jahres hin, durch den es gelungen sei, den Stundenlohn von 76 h auf 85 h in mehreren Staffeln zu erhöhen. Weiter wurde eine Erhöhung der Verkehrszulage vereinbart und der Stundenlohn mit Einschluß der Verkehrszulage auf 1,20 M festgesetzt. Nur durch die Geschlossenheit der Kameraden war es möglich, diesen Erfolg zu erzielen. Die Zahlstelle konnte im vergangenen Jahre auf ihr dreißigjähriges Bestehen zurückblicken, und selten hatten wir derartige Kämpfe zu führen wie im vergangenen Jahre. Das Verhalten verschiedener Kameraden, die sich noch immer weigern, die Streifondsmarken zu zahlen, wurde einer starken Kritik unterzogen. Der Kassenbericht befriedigte alle Kameraden, und dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Da die Leitung der Zahlstelle in guten Händen liegt, wurde der seitherige Vorstand mit einigen Ausnahmen, die sich durch die Amtsniederlegung verschiedener Funktionäre ergaben, wiedergewählt. Mit einem kräftigen Schlußwort an die Kameraden konnte die Versammlung geschlossen werden.

Kronach i. B. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in der vom Vorsitzenden der Jahres- und Kassenbericht gegeben wurde, gegen den keinerlei Einwendungen erhoben wurden. Der erste Vorsitzende ist zurückgetreten und an seine Stelle wurde ein anderer Kamerad gewählt. Der Kassierer behielt auch für das kommende Jahr seine Funktion und soll auch den Posten eines Schriftführers bekleiden. Es wurde beschlossen, für die Zukunft keinen Lokalzuschlag mehr zu erheben, sondern die Beitragsmarken sollten mit 10 h über ihren Nennwert verkauft werden. Im Falle von Erwerbslosigkeit können nur die Kameraden Freimarken erhalten, die einen behördlichen Ausweis über Erwerbslosigkeit oder Krankheit bringen. Mit einer Mahnung an die Kameraden, auch in diesem Jahre für den Verband zu wirken, wurde die von 19 Kameraden besuchte Versammlung geschlossen.

Rangenbühlau. Am 17. Januar tagte im Verbandslokale unsere Generalversammlung, die sich eines guten Besuchs erfreute. Nach der Eröffnung hielt der Vorsitzende einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Unser Zentralverband und die Kämpfe im Baugewerbe“. Redner führte an Hand von Zahlenmaterial den Kameraden den Umfang und die finanziellen Auswirkungen der Kämpfe des vergangenen Jahres vor Augen. Aus den mitgeteilten Zahlen über die Anzahl der Streiktage und die von der Zentralkasse geleisteten Unterstützungen ergab sich, daß sich der Verband als Kampfsorganisation sehen lassen könne. Weiter wurde betont, daß der Widerstand der Unternehmer in Zukunft noch größer werden wird und daß wir alle Kräfte anspannen müßten, um den Maßnahmen der Unternehmer begegnen zu können. Es sei Pflicht der Kameraden, alles zu versuchen, damit auch der letzte Zimmerer in unserm Zahlstellengebiet Mitglied des Verbandes würde. Im Anschluß an die Ausführungen gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Die Revisoren stellten fest, daß die Bücher, Karten und Belege in bester Ordnung seien und beantragten Entlastung, die auch erteilt wurde. Das abgelaufene Geschäftsjahr war eines der schwierigsten, das die Zahlstelle überhaupt durchzumachen hatte. Im 2. Quartal wurde durch die Revisoren ein großes Defizit in der Kasse festgestellt, und diese Sache hatte noch ein gerichtliches Nachspiel. Es wurde ein anderer Kassierer gewählt, unter dessen Leitung es wieder vorwärts ging mit unserm Kassenbestand. Die Baukonjunktur war schlecht, und deshalb konnte der Lohn nicht in dem Maße erhöht werden, wie das nach der Teuerung hätte gesehen werden müssen. Mitte Mai drohte die Aussperrung, die aber in letzter Stunde abgefangen wurde, so daß wir von größeren Kämpfen verschont wurden. In 12 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen wurde zu den verschiedensten Fragen des Verbandes Stellung genommen. Eine Versammlung fand in Peterswaldbau statt, um dort die Organisation zu festigen und auszubreiten. Der ausgeschrieben Streifondsbeitrag wurde restlos geklebt, und alle Kameraden erhielten ihre Verpflichtungsmarke. Auch der Vermögensstand der Lokalkasse zeigt, daß es wieder aufwärts geht. Es wurde dann zur Wahl des Vorsitzenden geschritten, der diesen Posten wegen seines zu hohen Alters niedergelegt hatte. Es ließ sich jedoch kein anderer Kamerad bewegen, dieses Amt zu übernehmen, so daß der alte Vorsitzende diese Funktion auch in diesem Jahre ausüben wird. Nachdem die Wahl des Delegierten zum Verbandstag vollzogen war und noch eine Reihe örtlicher Angelegenheiten besprochen waren, konnte der Vorsitzende mit einem Appell an alle Kameraden, auch fernerhin mit allen Mitteln für den Verband zu werben, die gutbesuchte Versammlung schließen.

Marienberg. Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung im Gewerkschaftsaufe statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der erste Kassierer die Abrechnung des letzten Quartals bekannt. Auf allgemeinen Antrag wurde ihm durch den Vorsitzenden Entlastung erteilt. Hierauf folgte die Neu- beziehungsweise Wiederwahl des gesamten Vorstandes und der Revisoren. Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde auf den bevorstehenden 24. Verbandstag aufmerksam gemacht und Kamerad Winter als Kandidat in Vorschlag gebracht. Der erste Vorsitzende zeichnete einzelne Mißstände auf verschiedenen Baustellen und rügt das fehlende Interesse der Baudelegierten; denn es sei borgekommen, daß auswärtige Kameraden arbeiten, ohne sich beim Kassierer gemeldet zu haben, während hiesige Kameraden arbeitslos seien. Die Firma Cunterding beschäftigt ausschließlich milde, nicht organisierte Zimmerer. Es sei daher besonderes Interesse dieser Firma zu schenken, sonst können die organisierten Zimmerer den ganzen Sommer hindurch spazieren gehen. In „Verschiedenes“ wurde dem gesamten Vorstand der Besoldungsatz um 50 % erhöht. Mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Marne. (Jahresbericht.) Das vergangene Jahr konnte von den Zimmerern der Zahlstelle nicht als befriedigend betrachtet werden. Obgleich die Witterungsverhältnisse günstig waren, hatten wir im 1. Quartal eine sehr große Erwerbs-



losigkeit zu verzeichnen, und einzelne Kameraden waren bis ins zweite Quartal arbeitslos. Da zum Frühjahr der Neufelder Kloog fertiggestellt war, setzte infolge der beginnenden landwirtschaftlichen Arbeiten eine geringe Bautätigkeit ein, so daß sämtliche Kameraden Arbeit finden konnten. Sehr bald mußten jedoch einzelne Kameraden versuchen, außerhalb ihres Berufes Arbeit zu finden, bis dann im November der Frost eine große Zahl der Kameraden arbeitslos machte. Am Schlusse des Jahres waren nur noch zwei Kameraden in Arbeit. Durch diese Verhältnisse entmutigt, haben wir einzelne Kameraden zu verzeichnen, die dem Verband den Rücken gekehrt haben oder gestrichen werden mußten. Es ist dies ein Zeichen, daß die Kameraden noch nicht den Wert der Organisation erkannt haben und nur ernten wollen, ohne auch bereit zu sein, Opfer für die Organisation zu bringen.

Am 7. Januar konnte unsere Zahlstelle auf ihr zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Zu dem am Sonnabend, 9. Januar, stattfindenden Fest hatten sich die Kameraden mit ihren Frauen eingefunden, um dem Tage im engen Kreis ein festliches Gepräge zu geben. Für ein festlich geschmücktes Lokal hatte unsere Wirtin gesorgt. Nachdem Kamerad Wienroth, der gleichfalls 20 Jahre Vorsitzender ist, die Gäste begrüßte, hielt der frühere Gauleiter, Kamerad Holst, der die Zahlstelle gründete, die Festrede. In seinen Ausführungen schilderte er die Entwicklung der Zahlstelle und führte den Anwesenden den Wert der Organisation vor Augen. Die Worte des Kameraden Holst fanden allseitige Anerkennung. In einer gemütlichen Unterhaltung wurden dann noch einige Stunden verbracht, bis dann das in schönster Harmonie verlaufene Fest sein Ende fand.

Dibensburg. Am 10. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse des letzten Jahres und schilderte all die Schwierigkeiten, die sich bei dem Kampfe um die Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ergaben. Wenn auch die Erfolge nicht allzu groß gewesen seien, so sei doch eine große Opferwilligkeit der Kameraden zu verzeichnen gewesen. Die Arbeiten des Vorstandes wurden in 10 Versammlungen und in 21 Vorstandssitzungen erledigt. Den Kassenbericht gab ebenfalls der Vorsitzende, weil der Kassierer vor einiger Zeit wegen entstandener Differenzen seines Amtes entbunden werden mußte. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorsitzenden Entlastung erteilt. Anschließend gab der Vorsitzende die bevorstehende Neuordnung im Kassenwesen der Zahlstelle bekannt. Die Neuwahlen des Vorstandes vollzogen sich glatt; der erste und der zweite Vorsitzende sowie der Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt. Alle übrigen Ämter wurden in jagemäßer Weise besetzt. Nachdem der Delegierte zum Verbandstag einstimmig gewählt war, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die von 62 Kameraden besuchte Versammlung.

Drielsburg. Am 16. Januar fand unsere Mitglieder- versammlung im Lokale von Lipka statt. Als Referent war Kamerad Mikolei aus Mastenburg erschienen, der in längeren Ausführungen die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse darlegte. In seinen Ausführungen gab er der Freude Ausdruck, daß die Versammlung so gut besucht sei und betonte, daß er selten so eine von gutem Geiste getragene Versammlung gefunden habe. Kamerad Schmidt berichtete über die Ereignisse im vergangenen Jahre, in dem 11 Monatsversammlungen und mehrere Vorstandssitzungen stattfanden. Der Kassierer berichtete über die Kassenverhältnisse und auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Wenn alle Kameraden auch fernerhin dem Verbands-Treue bewahren und mitarbeiten, müssen die Verhältnisse besser werden. Nachdem die Wahlen zum Verbandstag besprochen wurden und auf die Krankenkasse hingewiesen wurde, konnte nach einem Schlußwort des Kameraden Mikolei die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen werden.

Potsdam. In der am 10. Januar abgehaltenen Versammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt und im Anschluß hieran der Vorsitzende den Jahresbericht. In seinen Ausführungen schilderte er die Arbeitsverhältnisse, die im Frühjahr nicht besonders gewesen seien, sich aber im Laufe des Jahres etwas gebessert haben. Heute jedoch seien über 40 % der Kameraden er-

werbslos. Auch in Zukunft sei noch keine Besserung der Wirtschaftskrise zu erwarten. Der im vergangenen Jahre geführte Streik konnte unsere Forderungen nicht restlos befriedigen. In nächster Zeit müsse wieder für die sozialen Forderungen, besonders aber für den Achtstundentag, gekämpft werden. Auch sei zu beachten, daß am 31. März der Vertrag ablaufe und daß wir vor umfangreichen Kämpfen im Frühjahr stehen werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 288. Zum Jahresbericht bemerkte der Kassierer, daß die Zahlstelle mehr Geld von der Zentrale erhalten habe, als nach dort abgeführt wurde. Es sei Pflicht der Mitglieder, vor allen Dingen pünktlich ihre Beiträge zu zahlen. Der Vorstand und die Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch die Anträge zum Verbandstag besprochen wurden, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Mastenburg. Am 8. Januar fand in Anwesenheit des Gauleiters, Kameraden Finsel, unsere Mitgliederversammlung statt. Kamerad Mikolei begrüßte die Kameraden und wünschte, daß auch im neuen Jahre der Geist der Kameradschaftlichkeit vorherrschen möge. Der Vorstand müsse alles daransetzen, um die Zahlstelle vorwärtszubringen. Aus diesem Grunde müßten nur solche Kameraden gewählt werden, die auch in der Lage seien, die Funktion voll auszuführen. Der alte Vorstand wurde dann wiedergewählt, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden und der Revisoren. Im Anschluß hieran wurden noch örtliche Angelegenheiten, vor allem aber Kartellfragen besprochen. Es wurde hervorgehoben, daß alles versucht werden müsse, um die Kameraden mehr als bisher aufzuklären.

Neustingen. Unsere Generalversammlung fand am 10. Januar statt. Obwohl alle Kameraden schriftlich eingeladen waren, sind nur wenige erschienen und die Versammlung war nur von 12 Kameraden besucht. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht und hob hervor, daß im vergangenen Jahre 12 Versammlungen stattgefunden haben, von denen die meisten sehr schlecht besucht waren. Die Bautätigkeit war im Anfang des Jahres eine gute, sie flaute jedoch im Oktober merklich ab. Im Dezember waren 39 Kameraden der Zahlstelle erwerbslos, eine Zahl, die noch niemals zu verzeichnen gewesen sei. Der Kassenbericht mußte zurückgestellt werden, weil ein Unterfasserer noch nicht abgerechnet hatte. Der Vorsitzende berichtete dann über die Agitation und schilderte die Schwierigkeiten, die zu verzeichnen seien. Vielfach mußten die Kameraden in ihrer Wohnung aufgesucht werden und ihnen dort der Wert der Organisation vor Augen geführt werden. Die Wahlen des Vorstandes mußten zurückgestellt werden. Weiter wurde die Gründung einer Zahlstelle der Krankenkasse von der Versammlung befürwortet und Kamerad Wöhlinger beauftragt, die nötigen Unterlagen zur Gründung von der Zentrale in Hamburg einzufordern. Am Schlusse der Versammlung ersuchte der Vorsitzende alle Kameraden, auch fernerhin alles für die Organisation einzusetzen und die uns noch fernstehenden Kameraden dem Verbands zuzuführen.

Scheubitz. Eine am 17. Januar stattgefundene Versammlung unserer Zahlstelle protestierte gegen den Raub der Fürsten und forderte ihre restlose Enteignung zugunsten der Millionen deutscher Kriegstrüppel, Kriegs-hinterbliebenen und Erwerbslosen. Vom Zentralvorstand und vom DGB wird gefordert, alle Schritte zu unternehmen beziehungsweise einen Volksentscheid herbeizuführen, um endgültig die Raubgelüste jener Feinde der Menschheit zu unterdrücken.

Stepenitz. Unsere gutbesuchte Hauptversammlung fand am 17. Januar statt. Dem Vorstand, besonders aber dem Kassierer, wurde für seine Tätigkeit der Dank der Versammlung ausgesprochen und ihm Entlastung erteilt. Kamerad Kreuzer sprach über die Aufgaben der Gewerkschaften, die ungemein schwer seien und deren Erfüllung es notwendig mache, daß alle Kameraden hinter die Beschlüsse des Vorstandes sich stellen müßten. Der Vorstand wurde wiedergewählt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Stralsund. Die Jahresgeneralversammlung fand am 17. Januar im Restaurant „Drei Löwen“ unter starker Beteiligung der Mitglieder statt. Der Vorsitzende gab zunächst eine Erläuterung über die Steuerrückvergütung für das Jahr 1925/26 und erstattete Bericht über die Handhabung der Erwerbslosenunterstützung. Gegenwärtig seien 86 % aller Kameraden erwerbslos, ein Verhältnis, das noch nie zu verzeichnen gewesen sei. Auch die Krankenziffer sei eine außerordentlich hohe. Diese Zustände seien eine Folge der verkehrten Politik der Reichsregierung, die nicht die Interessen der Arbeiter vertrete. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage erreichte Kamerad Niederer aus Regensburg die Stimmen aller anwesenden Kameraden. Auch die „Opposition“ war hier am Werke, und in einem Schreiben wurde die Wahl eines uns unbekanntes Kameraden aus Gunzenhausen empfohlen. Ueber diese einfältige Sache wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der Kassierer gab dann den Kartellbericht, aus dem hervorging, daß eine Menge Arbeit vom Kartell erledigt wurde. In verschiedenen Eingaben an den Stadtrat und die Behörden wurde versucht, das Los der Erwerbslosen und Kurzarbeiter zu lindern. Weiter hat sich das Kartell mit der Genossenschaftsbewegung und den Arbeiterbanken sowie mit dem Arbeitsnachweis eingehend beschäftigt. Anschließend wurde der Jahresbericht erstattet. Nach einer kurzen Aussprache wurde dem Vorstand Entlastung erteilt und zur Neuwahl geschritten. Die Zusammensetzung des neuen Vorstandes ergab keine wesentliche Veränderung. Ein Kamerad aus Heißhöring berichtete über die dortigen Arbeitsverhältnisse. In nächster Zeit werden dortselbst größere Arbeiten in Angriff genommen, jedoch versuchten die Meister, nur unorganisierte Zimmerer einzustellen, von denen viele Grund und Boden hätten. Es müsse Aufgabe des Arbeitsnachweises sein, hier einzugreifen und diese Mißstände zu beseitigen. Nach Erledigung weiterer Angelegenheiten wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Tapien. Die am 3. Januar stattgefundene Mitglieder- versammlung wurde von dem Vorsitzenden mit dem Wunsche, daß es in diesem Jahre wieder vorwärts und aufwärts gehen müsse, eröffnet. Die Tagesordnung umfaßte

4 Punkte. Die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag wurde vertagt auf Sonntag, 10. Januar. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, und allgemein wurde hervorgehoben, daß er seine Pflicht erfüllt habe. An Stelle des durch Arbeiten außerhalb des Zahlstellengebietes verhinderten zweiten Kassierers wurde ein anderer Kamerad gewählt. Der Kassierer dankte allen Kameraden für die im vergangenen Jahre bewiesene Disziplin in den Versammlungen und wünschte, daß auch in diesem Jahre alles versucht werden müsse, die Geschlossenheit der Organisation zu erhalten. Auch die Lehrlinge müßten wir für unsere Organisation gewinnen. Die Monatsversammlungen sollten wie seither jeden ersten Sonntag im Monat stattfinden. Ferner wurde die Beitragshebung geregelt, die jeden zweiten Sonntag, vormittags, bei Christoph erfolgen solle.

Die Versammlung am 10. Januar befaßte sich mit der Wahl des Verbandstagsdelegierten. Die Versammlung war gut besucht, auch die Kameraden der Außenbezirke waren erschienen. Die Wahl des Delegierten der Zahlstelle erfolgte einstimmig. Nach der Verlesung des Protokolls schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß alle Kameraden mithelfen möchten, die Organisation vorwärtszubringen.

Zusatz. Unsere Generalversammlung fand am 10. Januar statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Jahresbericht, der jedoch die Versammlung in keiner Weise befriedigte. Der Kassierer erstattete den Kassierenbericht, der ebenfalls Anlaß zur Kritik bot. Es wurde jedoch hervorgehoben, daß die entstandenen Differenzen auf die Tätigkeit des im 1. Halbjahr 1925 fungierenden Kassierers zurückzuführen seien, der bis heute erst 20 M von seiner Schuld abgezahlt habe. Auch an der Tätigkeit der Revisoren wurde Kritik geübt. Der gesamte Vorstand legte sein Amt nieder, und in der nachfolgenden Neuwahl wurde der Vorstand bis auf den Kassierer neu gewählt. Der neugewählte Vorsitzende dankte für die Wahl und versprach, alles einzusetzen für die Organisation. Weiter wurde der Delegierte zum Verbandstage gewählt. Die Anträge zum Verbandstage sollen in einer weiteren, am 21. Januar stattfindenden Versammlung behandelt werden. Nach Erledigung weiterer dringlicher Verbandsangelegenheiten konnte der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung schließen.

Ulm. Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung. Erfreulicherweise waren die Mitglieder des Bezirks Gingen restlos vertreten. Eingangsgedächte der Vorsitzende der verstorbenen Kameraden, um dann dem alten Vorstand seinen Dank auszusprechen für die pflichttreue Arbeit, die er im vergangenen Jahre geleistet. Die Mitgliederzahl weist eine Zunahme auf von 28. Im Jahresbericht streifte der Vorsitzende die Lohnverhandlungen und die Kampfmaßnahmen im Industriegebiet, die nötig waren, um einen Stundenlohn von 110 S zu erreichen. Der im Frühjahr unternommene Versuch, die Poliere sämtlich unserer Zahlstelle anzuschließen, blieb ohne Erfolg. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden erledigt in 19 Ausschusssitzungen, 13 Monatsversammlungen, 3 außerordentlichen, 1 gemeinschaftlichen, 4 Kartell- und Vorstandssitzungen, 2 Delegiertenversammlungen. Referenten waren zwei amwesend. Der Besuch der Versammlungen muß künftighin ein besserer werden; denn jeder Kamerad ist verpflichtet, am Aufbau mitzuhelfen. In den Bezirken Laupheim, Gingen und Donauwörth wurden 12 Versammlungen abgehalten; muntergültig hat sich hierbei der Bezirk Gingen gezeigt. Zwei Gaukonferenzen wurden abgehalten, die von unserer Zahlstelle besichtigt wurden. Eingaben an die Behörden wurden in vier Fällen gemacht. Das Gewerbegericht wurde einmal in Anspruch genommen. Die Geschäftskonjunktur ließ dieses Jahr sehr zu wünschen übrig. Sätten wir das Wandesturnfest nicht gehabt, so wären wir im Hochsommer arbeitslos geworden. An größeren Bauten seitens der Stadtverwaltung ist der Heimstraßenblock zu nennen. Die meisten Arbeiten waren Um- und Einbauten. Das Kraftwerk Donaustetten war anfangs ein schwieriger Punkt, bis wir dort die 3. Lohnklasse erreichten. Es sind zur Zeit 95 organisierte Kameraden dort beschäftigt. Durch die großen Aussperrungen wurde auch unsere Lokalkasse, da unsere Zahlstelle als Durchgangspunkt gilt, stark mitgenommen, weshalb von einer lokalen Unterstützung abgesehen werden mußte, um so mehr, als viele reisende Kameraden in der Umgebung wochenlang gearbeitet, aber nie einen Beitrag geleistet haben. Ebenfalls streifte der Vorstand die Zentralstreifensbeiträge. Nach Mitteilung des Kassierers sind die meisten Kameraden in Ordnung; die Sämlinge wurden aufgefördert, um nicht nachzukommen. Gute Aufklärung hat der von der Zentrale gelieferte Vortrag geschaffen. Ebenfalls streifte Kamerad Groß den Bauarbeiter-schutz. Mit aufmunterndem Appell auch in der großen Arbeitslosigkeit treu zur Fahne zu halten, schloß er den Jahresbericht. Anschließend gab Kamerad Schmidt den Kassierenbericht. Der Kassierer hat sein Amt mit Umsicht und Kraft verwaltet. Ueber die Ferien berichtete Kamerad Schwenninger. Die Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne. Bei der Wahl der Kandidaten zum Verbandstag erhielt unser Kassierer die größte Stimmenzahl. Die Anträge zum Verbandstag sind bis zum 23. Januar an den Ausschuss einzubringen. Unter Neuwahl brachte Kamerad Sieber einen Antrag ein, den alten Ausschuss in der gesamten zu wählen, dem zugestimmt wurde. Als Kartelldelegierte fungieren die Kameraden Torwart und Fezer, als Bauarbeiter-schutz W. Bauer und Hartmann. Weiter finden für dieses Jahr unsere Versammlungen jeden zweiten Dienstag im Monat statt. Die Kurse im Ortsartell wurden ebenfalls bekanntgegeben. Weiter haben alle Kameraden ihre Formulare bis spätestens 16. Januar, betreffend Steuer-rückzahlung, beim Vorsitzenden abzugeben. Der Vorstand regte dann noch an, den Modellierkursus photographieren zu lassen, um an der Ausstellung in Düsseldorf vertreten zu sein. Nach einem kurzen Schlusswort wurde die Generalversammlung geschlossen.

Warel. (Jahresbericht.) Unsere gutbesuchte Generalversammlung fand am 3. Januar statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und im Anschluß hieran wurden die Wahlen vorgenommen, die schnell vor sich gingen. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des Vorsitzenden, der sein Amt niederlegte, wiedergewählt. Das Jahr 1925 war im Allgemeinen ruhiger als das Jahr 1924 und die Löhne

konnten den Verhältnissen entsprechend ohne große Kämpfe erhöht werden. Die Kameraden im hiesigen Zahlstellengebiet haben in der Beitragsleistung ihre Pflicht voll erfüllt. Die für unsere Zahlstelle ruhige Zeit übte auf den Versammlungsbefuch einen großen Einfluß aus und viele Kameraden zeigten nicht mehr das Interesse wie in der Vergangenheit. Im Durchschnitt besuchten die Versammlungen nur 40 bis 50 % der Kameraden. Während die Bautätigkeit im Anfang des Jahres eine zufriedenstellende war, trat doch bald eine Verschlechterung ein, und heute seien fast alle Kameraden ohne Arbeit. Auch die Kassierenverhältnisse litten unter diesen Umständen und der Lokalkassenbestand sei restlos aufgebraucht. Zu Weihnachten wurden den bedürftigen Kameraden aus der Lokalkasse eine Unterstützung von 10 bis 40 M gewährt. Mit dem Wunsche, daß alle Kameraden mithelfen sollten, den Verband vorwärtszubringen, und vor allem mithelfen sollten, die Kampfkraft zu stärken, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Waren. Unsere Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden eröffnet und geleitet. Der Kassierer gab den Kassierenbericht und auf Antrag der Versammlung wurde ihm Entlastung erteilt. Anschließend wurde die Wahl des Verbandsstagsdelegierten vorgenommen. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und wies auf die umfangreiche Tätigkeit im vergangenen Jahre hin. Es wurden 23 Versammlungen abgehalten, die von 58 % der Kameraden und von 20 % der Lehrlinge besucht waren. Lohnverhandlungen und Konferenzen wurden von der Zahlstelle in 6 Fällen besichtigt. Der Lohn stand im Januar auf 70 S und wurde im April auf 81 S erhöht. Die neuen Verhandlungen scheiterten, und auch unsere Kameraden wurden ausgesperrt. Obwohl von auswärtigen Kameraden eine größere Arbeit auf dem Lande, entgegen den Anweisungen, fertiggestellt wurde, gelang es uns, einen Teil der Kameraden während der zehnwöchigen Aussperrung anderweitig unterzubringen. Unter dem Druck der Linksparteien wurden die von der Stadt den Unternehmern übertragenen Arbeiten diesen abgenommen und den Aussperrten zur Fertigstellung übertragen. Nach der Aussperrung stieg der Lohn auf 82 S, er ist bis zum 31. März festgelegt. Die Arbeitslosigkeit setzte in unserer Zahlstelle sehr früh ein und heute sind ungefähr 75 % aller Kameraden erwerbslos. In der nun folgenden Wahl wurden der Vorsitzende und der Kassierer wiedergewählt. Der Vorsitzende gab weiter noch den Kartellbericht und behandelte das Betriebsrätegesetz und das Genossenschaftswesen. Alle Kameraden sollten sich mehr um die genossenschaftlichen Einrichtungen kümmern und diese unterstützen. Weiter wurden die Kameraden aufmerksam gemacht, entsprechende Anträge auf Ermäßigung der Lohnsteuer für die Zeit der Aussperrung beim Finanzamt zu stellen. Auch sollten die Kameraden auf die neuen Bestimmungen der Invalidenversicherung achten, damit sie ihrer Rechte nicht verlustig gehen.

Wesermünde. Am 12. Januar tagte im „Haus Eintracht“ unsere Generalversammlung. Eine reichhaltige Tagesordnung wurde erledigt. Geschäftsführer Kamerad Dänemark gab in kurzer Ausführung einen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr und erwähnte, daß es sich erübrige, Ereignisse des verfloßenen Jahres einzeln zu erörtern, da es uns allen noch in frischer Erinnerung sei und wir verstanden hätten, als Organisation der Zimmerer uns recht und schlecht zu behaupten. Das scheint auch den Unternehmern nicht unbekannt zu sein. Wenn auch die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen sei infolge der großen Arbeitslosigkeit im Zahlstellengebiet, so beweise der heute vorliegende Kassierenabschluß, daß die grundlegende Basis der Organisation noch da sei. Der Kassierenabschluß stellte fest, daß finanziell ein Rückgang nicht zu verzeichnen ist, sondern die Lokalkasse noch mit einem verhältnismäßig guten Bestand abschneidet. Die Lokalkassenkasse ergab ein geringfügiges Defizit. Für beide Kassen erfolgte Entlastung. Der bisherige Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kamerad Ostermann empfohlen, weil die Ansicht vertreten wurde, es müsse ein Kamerad aus dem Arbeitsverhältnis sein und kein Angestellter. Die Abstimmung entschied dann auch für Ostermann. An den Verbandstag wurden zwei Anträge gerichtet. Um die Arbeitsvermittlung hier am Ort gerecht regeln zu können, wurde beschlossen, daß alle Kameraden, ganz gleich welcher Entlassungsgrund in Frage kommt, sich bei Entlassung und Wiedereinstellung auf dem Verbandsbüro zwecks Kontrolle zu melden haben. Nach einer Aufforderung, die Mitgliedsbücher der Krankenkasse im Bureau abzugeben, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Am 12. Januar kam in Zwenkau der siebzehnjährige Lehrling Ernst Gerhardt bei einem Fabrikumbau auf gräßliche Weise um sein junges Leben. Gerhardt war beauftragt, Knaufspund nachzustößen und nach bestimmter Länge zu schneiden. Als der Polier nach einer Stunde den betreffenden Raum wieder betrat, hing Gerhardt halb nackt an der im Betrieb befindlichen Transmissionswelle, die an der Decke angebracht ist, und wurde mit herumgeschleudert. Die Beine waren abgeschlagen und lagen am Boden. Ein Kamerad, der in demselben Saale gearbeitet hat, hatte von dem ganzen Vorgang nichts bemerkt.

Die Bauhüttenbewegung im Bezirk Gießen. Bei Beurteilung der Bauhüttenbewegung ist zu berücksichtigen, daß diese Bewegung im Bezirk Gießen erst im Jahre 1920 ins Leben gerufen wurde. In Aschaffenburg, Cassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Gießen, Mainz und Wiesbaden bestehen Bauhütten, die als G. m. b. H. gegründet sind. Die Geschäftsanteile sind in Händen der Gewerkschaften im Bezirk Gießen, die dadurch Eigentümer der vorhandenen Gerüste, Geräte, Maschinen, Ziegelei, Steinbruch, Schieferbergwerk, Lagerplätze, Fuhr- und Autoparks sind. Zwei Bauhütten haben eigene Bureau- und Verwaltungsgebäude, in denen eine Anzahl Wohnungen und Wirtschaftsräume eingebaut sind.

Das ursprüngliche Papiermarktstammkapital ist in allen Betrieben umgewandelt in Reichsmark. Die Spitzenorganisation dieser Bewegung ist der Verband sozialer Bau-

betriebe, G. m. b. H., in Berlin, Bundeshaus des ADGB. Am Ende des Jahres 1925 wurde das Stammkapital des Verbandes sozialer Baubetriebe erhöht und beträgt nunmehr 2 200 000 M. Dieses Stammkapital ist in Händen der Spitzengewerkschaften im Reich. Vom 1. Januar 1926 an wurde eine Neuorganisation vorgenommen: die 18 Bauhüttenbetriebsverbände, die zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und den Bauhütten standen, werden aufgelöst und an ihre Stelle treten 10 Bezirke des Verbandes sozialer Baubetriebe mit besoldeten Bezirksleitern. Der 7. Bezirk, Gießen, hat seinen Sitz in Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 89. Der Verband sozialer Baubetriebe wird im Jahre 1926 in obengenannte Bauhütten als Gesellschafter eintreten und neues Stammkapital einbringen.

Bauarbeiten aller Art werden in den 7 Betrieben des Bezirkes ausgeführt. Es werden technische und kaufmännische Angestellte sowie Maurer und Bauhilfsarbeiter in allen 7 Bauhütten beschäftigt, Zimmerer in 6 Bauhütten, Dachdecker in 5 Bauhütten, Tischler in 3 Bauhütten, Schlosser und Schmiede in 4 Bauhütten, Glaser in 3 Bauhütten, Maler in 6 Bauhütten, Pfisterer in 2 Bauhütten, Maschinisten in 1 Bauhütte, Ziegeleiarbeiter in 1 Bauhütte, Fuhrleute in 2 Bauhütten, Chauffeure in 3 Bauhütten; Lehrlinge werden in allen Bauhütten ausgebildet. — Im Januar 1925 wurden in den 7 Bauhütten 85 Angestellte und 628 Arbeiter beschäftigt, im Juli 87 Angestellte und 1032 Arbeiter, im Dezember 89 Angestellte und 361 Arbeiter. Die Beschäftigtenzahl im Dezember läßt deutlich den Saisoncharakter des Baugewerbes erkennen. — An Lohn und Gehalt wurde die Summe von 1 845 549,86 M im Jahre 1925 ausgezahlt. Baustoffproduktionsbetriebe haben 2 Bauhütten im Bezirk, eine mit Maschinen eingerichtete Ziegelei und Dachschiefergrube, ein Schwemmsteinwerk und einen Steinbruch. Gegenwärtig sind die Bauhütten noch alle mit Aufträgen versehen. In der ersten Lohnwoche im Januar 1926 waren 84 Angestellte und 452 Arbeiter tätig. Die Neuorganisation der Bauhüttenbewegung wird es 1926 den Bauhütten im Bezirk Gießen ermöglichen, die Betriebe im Interesse der Verbilligung des Kleinwohnungsbaues weiter zu verbessern und auszubauen.

Heranziehung der Arbeiter bei Betriebsbeschäftigungen. Auf Verlangen des Reichsversicherungsamtes sind nach dem „Zweiten Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung“ vom 14. Juli 1925 die Berufsgenossenschaften verpflichtet, technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe Kenntnis zu nehmen. Als solche Beamte können auch Personen angestellt werden, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben.

Ueber die nötige Geeignetheit zum „Technischen Beamten“ im Sinne des Gesetzes hat das Reichsversicherungsamt sich in seinem Rundschreiben an die Vorstände der dem RVA. ausschließlich unterstellten gewerblichen Berufsgenossenschaften dahin ausgesprochen, daß jene Beamten in dem betreffenden Berufszweige „so geschult sein müssen, daß sie in allen auf die Auslegung und Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften sowie auf die berufsgenossenschaftliche Zugehörigkeit der Betriebe und das Tarifwesen bezüglichen Fragen in maßgebender Weise als Sachverständige aufzutreten imstande sind.“

In einem weiteren Rundschreiben an die Vorstände der Berufsgenossenschaften wird dann ein Zusammenarbeiten der Technischen Aufsichtsbeamten mit den Betriebsvertretungen gefordert. Es heißt in dem Rundschreiben (Amtliche Nachrichten des RVA. 1925 Seite 360 f.):

„Damit aus der Vorschrift des § 66 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes... ein möglichst großer Nutzen für die Unfallverhütung erwache und damit insbesondere das Verständnis der Versicherten für den Unfallschutz und Anregungen dazu aus ihrem Kreise gefördert und verwertet werden, sind die Technischen Aufsichtsbearbeiter anzuweisen, daß sie zu den Betriebsbeschäftigungen die gesetzlichen Betriebsvertretungen nach Möglichkeit heranziehen.“

Es bleibt dabei, so heißt es in dem Rundschreiben weiter, dem Ermessen des Technischen Aufsichtsbearbeiters überlassen, ob er sich während der Besichtigungen mit der Begleitung eines einzelnen Vertreters, zum Beispiel des Obmannes des Betriebsrates, des Betriebsobmannes oder eines mit den Fragen der Unfallverhütung besonders vertrauten Mitgliedes des Betriebsrates begnügen kann, oder ob er daneben oder statt dessen — zum Beispiel in großen Betrieben mit technisch stark voneinander abweichenden Abteilungen — Arbeiter hinzuziehen will, die mit den besonderen Betriebsverhältnissen vertraut sind. Letzteres wird besonders dann geraten sein, wenn gesetzliche Betriebsvertretungen nicht vorhanden oder verhindert sind, an der Besichtigung teilzunehmen. Wo nach den Unfallverhütungsvorschriften besondere Unfallvertrauensmänner gewählt sind, sind sie an der Besichtigung zu beteiligen.

Art und Umfang der Ausführung dieser Bestimmungen des Reichsversicherungsamtes, die dabei gesammelten Erfahrungen und die von den herangezogenen Vertretern der Versicherten erhaltenen Anregungen, Vorschläge und besonderen Auskünfte sind von den Technischen Aufsichtsbearbeitern in den Besichtigungsberichten zu vermerken. Auch ist auf solche Anregungen und Vorschläge in den weiteren Verhandlungen mit der Betriebsleitung besonders einzugehen.

In den nach § 883 RVA. zu erstattenden Jahresberichten soll die Durchführung und Wirkung der hier gegebenen Vorschriften ausführlich dargelegt werden. ck.

Der sehr radikale Zimmererverband. Die „Bauwelt“, Zeitschrift für das gesamte Baugewerbe, veröffentlicht in ihrer Nummer 3 vom 21. Januar 1926 einen Artikel unter der Stichmarke: „Die sichere Grundlage des Baugewerbes 1926“, worin allerlei Betrachtungen über die wirtschaftliche Entwicklung des Baugewerbes im Jahre 1926 angestellt werden. Nachdem verschiedene, für das Baugewerbe wichtige Dinge erwähnt und Schlussfolgerungen für die nächste Bauperiode hieraus gezogen werden, wird auch die Absicht der

Gewerkschaften unter die Lupe genommen. Wörtlich heißt es darüber:

Bei den Gewerkschaften hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß die beste Lohnerhöhung in der Verbilligung der Lebenshaltung liegt. Bis zum 31. März stehen die Tariflöhne für ganz Deutschland fest, und die Erwartung ist nicht berechtigt, daß im kommenden Jahre größere Schwankungen vermieden werden. Die Aussichten auf Störungen des Wirtschaftsfriedens durch den kommunistischen Teil der Bauarbeiter und den sehr radikalen Zentralverband der Zimmerer in Hamburg sind dadurch etwas verringert worden, daß vor einigen Tagen auf dem Moskauer Parteitag der Entschluß durchdrang, man wolle die kommunistischen Bewegungen des Auslandes in stärkerem Maß als bisher sich selbst überlassen.

Daß die „Baumwelt“ unsern Zentralverband als sehr radikal anspricht, beweist nur, daß man ihn in ihren Kreisen fürchtet, und ferner beweist es, daß unser Verband sich mit der Art, wie er die Interessenvertretung seiner Mitglieder wahrnimmt, wobei er auch Kämpfen keineswegs ausweicht, sondern sie mit Erfolg zu führen versteht, auf dem rechten Wege ist. Moskauer Parteitagbeschlüsse haben, das darf die „Baumwelt“ uns glauben, darauf nicht den geringsten Einfluß.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Wassernot und Achtstundentag. Daß die Unternehmer jede auch noch so ungeeignete Gelegenheit ergreifen, um gegen den Achtstundentag zu Felde zu ziehen, zeigt sich zur Zeit in Belgien, wo die Vereinigung der Bauunternehmer von Lüttich, Limburg und Luxemburg die schredlichen Ueberchwemmungen zur Einleitung einer Pressekampagne gegen die Arbeitszeit benutzt und sagt, das bestehende Gesetz sei so „unelastisch“, daß es für einige Monate außer Kraft gesetzt werden müsse, da sonst die Arbeiter nicht die Möglichkeit hätten, angesichts der schwierigen Lage die nötigen Ueberstunden zu machen. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter bei solchen Katastrophen die größte Hilfsbereitschaft an den Tag legen und keinen Augenblick zögern, im Interesse einer bedrohten Industrie Entgegenkommen zu zeigen, läßt das gültige Gesetz für derartige Ausnahmestände den nötigen Spielraum bereits offen. Die Deffektivität ist mit Recht entsetzt darüber, daß die traurige Lage in gewissen Ueberchwemmungsgebieten unter anderem noch durch die Tatsache schwieriger gestaltet wird, daß Diebesgeheul die Gelegenheit benutzt, um die verlassenen Gebötte zu plündern. Wenn die Herren Unternehmer im Augenblick, wo die Arbeiter mit dem Wasser kämpfen und zu Hunderttausenden arbeitslos werden, gegen den Achtstundentag vorgehen, so handeln sie nicht besser. (ZGB.)

Die Gewerkschaften im Lande der Falschmünzer von Gottes Gnaden. Die schamlose Verfolgung und Anbelung der ungarischen Gewerkschaften durch die Polizei erhält durch die Tatsache, daß der Landespolizeichef Radossy eine der treibenden Personen im Banknotenfälschungsskandal ist, einen ganz besonderen Beigeschmack. Man wird sich mit einem Schlags über die Bedeutung des Verhaltens dieses Dunkelmannes klar, der bei jeder Mißtat und jedem Mord auf Seite der Unheilstifter stand. Man begreift, weshalb die in Ungarn ermordeten Sozialisten und die Männer und Frauen, die im Balaeagerberger Interniertenlager hinfiechten, ungeführt blieben. Auch früher hat man wie jetzt den Regierungschef davon reden gehört, daß er sich für die restlose Erfassung der Schuldigen persönlich verantwortlich fühle. Immer war es aber die geheimnisvolle Macht Radossys, die das feierliche Versprechen nicht zur Tat werden ließ. Nun wird es sich erweisen, ob Radossy wirklich derjenige war, der die Verstrafung der Verbrecher hinderte oder ob das ungarische Volk auch weiterhin rechtlos bleiben und den Arbeitern durch die Polizei die Entfaltung der geringsten organisatorischen Tätigkeit unmöglich gemacht wird. Denn während der Chef der Polizei für sich und seine verbrecherischen Kumpane die größten Freiheiten in Anspruch nahm, unterstanden die Gewerkschaften, die heute in fast allen zivilisierten Ländern als wirtschaftlicher und kultureller Faktor anerkannt sind, einer Kontrolle und Bespitzelung, die jeden Banknotenfälschungsskandal unmöglich gemacht hätte, wenn sie gegenüber wirklich zweifelhaften Elementen, anstatt gegenüber ehrlichen Arbeitern ausgeübt worden wäre. Die unmittelbare Aufsicht über die Gewerkschaften untersteht in Ungarn dem ersten Gemeindevorstand und der Polizeibehörde erster Instanz, die Oberaufsicht dem Innenminister. Diese Behörden haben unter anderem das Recht, in den Versammlungen und Sitzungen nach Belieben zu erscheinen, in die Geschäftsgebarung, Bücher und Rechnungen, Dokumente und Korrespondenzen Einsicht zu nehmen. Die für die Gewerkschaften gültigen Verordnungen verfügen ferner, wo und wann Generalversammlungen abgehalten werden dürfen, unter welchen Umständen sie beschlußfähig sind, über was sie beraten können usw. In Fällen, wo der Verein in den Statuten umschriebenen Ziele und Zwecke nicht einhält, seinen Wirkungsbereich überschreitet, gegen den Staat handelt, sich gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung schwer verbeißt oder die materiellen Interessen der Mitglieder gefährdet, kann der Minister des Innern eine Untersuchung einleiten, die Tätigkeit des Vereins sistieren und diesen eventuell auflösen.

Diese Bestimmungen machen einen Teil der Generalverordnung aus, die im Jahre 1922 eingeführt wurde und das ganze Vereinswesen regelt. Sie macht alle bestehenden Erfolge aus der Zeit der Volksregierung vom Jahre 1918 zunichte. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit blieb kaum ein Jahr in Kraft, und die jetzige Regierung ging sogar so weit, daß eine Verordnung aus dem Jahre 1875 widerrufen wurde, in der generell gesagt wird, daß das Vereinsrecht eines der wertvollsten Rechte der Staatsbürger sei, und der zuständige Minister es als seine Aufgabe betrachte, den Genuß dieses Rechtes leichter zu gestalten und Verfügungen zu erlassen, auf Grund welcher Vereine, die von Staats wegen keiner Beanstandung unterliegen, in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden.

Der Minister, der das Vereinsrecht angesichts der Ausschaltung dieser Verordnung nicht als eines der wert-

vollsten Rechte der Staatsbürger betrachtet, ist zur Zeit Ungarns Kultus- und Unterrichtsminister und die Polizei, deren oberster Chef heute als Falschmünzer im Gefängnis sitzt, schnüffelt in jeder Versammlung herum und sitzt unter anderem darüber zu Gericht, ob die materiellen Interessen der Mitglieder der Arbeiterorganisationen gewahrt bleiben. (ZGB.)

Genossenschaftsbewegung.

Millionenumsätze großer Konsumvereine. Die Steigerung der Warenumsätze der Konsumgenossenschaften drückt sich in besonders hohen Zahlen der Monatsumsätze einiger größter Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aus. So berichtet vorläufig die Hamburger „Produktion“ über einen Warenumsatz im Monat Dezember 1925 in Höhe von 4 752 662 M. Der Konsumverein „Vorwärts“, Dresden, verzeichnete einen Monatsumsatz im Dezember von 3 326 825 M. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend zählte 3 111 570 M. Umsatz im Dezember. Der Konsumverein „Eintracht“, Essen, erzielte im gleichen Monat einen Umsatz von 2 235 977 M. Auf mehr als 2 Millionen Mark Umsatz brachte es auch die Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, Varmen, nämlich auf 2 046 150 M. Damit ist die Zahl der Vereine mit mehreren Millionen Mark Umsatz im Monat aber noch nicht ganz erschöpft. Reichlicher ist die Zahl der Konsumgenossenschaften die 1 Million Mark und mehr im Monat Dezember vorigen Jahres erreicht haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine drückt sich unlegbar in solchen Umsatzzahlen aus.

Gemeinden als Mitglieder von Konsumvereinen. Nach einer Feststellung des Verbandes Thüringer Konsumvereine haben bei 36 Thüringer Konsumgenossenschaften insgesamt 47 Gemeinden und Behörden die Mitgliedschaft erworben. — Eine Anzahl Behörden haben auch die Mitgliedschaft beim Konsumverein für Lübeck und Umgegend erworben. In ihrer letzten Sitzung beschloß die Behörde für Heilanstalten mit einem Jahresbesprengungsetat von 1 Million Mark die Erwerbung der Mitgliedschaft.

Sozialpolitisches.

Ein Länderausschuß für Unfallverhütung. Zur Durchführung einheitlicher Maßnahmen der Länder bei der Verhütung der Unfallgefahren hat der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben an die Landesregierungen mitgeteilt, daß ein „Länderausschuß für Unfallverhütung“ zu bilden sei. Das Arbeitsministerium hofft damit den beiderseitigen Interessen der Arbeiter und der Unternehmer bei der Verhütung der Unfallgefahren dienen zu können. Zu dieser Gemeinschaftsarbeit sollen die Vertreter der Länder, die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten und die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften herangezogen werden. In einem Erlass des Reichsarbeitsministers vom 24. Dezember 1925 veröffentlicht im „Reichsarbeitsblatt“, Seite 14, Jahrgang 1926, werden die Richtlinien der Geschäftsordnung des Landesauschusses für Unfallverhütung mitgeteilt, die sich wie folgt gliedert:

Geschäftsordnung des

Länderausschusses für Unfallverhütung.

1. Einsetzung und Aufgaben. Unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsminister zu bestellenden Vertreters wird ein Länderausschuß für Unfallverhütung gebildet. Er hat zu prüfen, in welcher Weise die Unfallverhütungsvorschriften, die gemäß § 848a der Reichsversicherungsordnung von den Berufsgenossenschaften erlassen werden, auszugestaltet sind, um den Anforderungen der Gewerbeaufsicht zu entsprechen.
 2. Zusammensetzung. Der Länderausschuß besteht aus dem Vorsitzenden und den ordentlichen Mitgliedern; für jedes Mitglied wird ein erster und zweiter Stellvertreter namhaft gemacht. Es berufen: die ordentlichen Mitglieder: Preußen, Bayern, Sachsen; die 1. Stellvertreter: Hamburg, Württemberg, Thüringen; die 2. Stellvertreter: Oldenburg, Baden, Braunschweig.
 3. Geschäftsführung. a) Der Vorsitzende beruft und leitet den Länderausschuß und führt die laufenden Geschäfte. b) Die Mitglieder und Sachverständigen sind ehrenamtlich tätig. Die Kosten für die Entsendung der Mitglieder tragen die Länder. c) Alle Landesregierungen erhalten die zur Prüfung vorgelegten Unfallverhütungsvorschriften und sonstige Fragen zur Stellungnahme. Sie können selbst Anträge stellen. d) Der Länderausschuß tritt nach Bedarf zusammen. e) Auch die nicht als Mitglieder an den Sitzungen beteiligten Länder sind berechtigt, zu den mündlichen Beratungen Beauftragte zu entsenden. f) Der Länderausschuß ist befugt, zu seinen Beratungen Sachverständige hinzuzuziehen. Ferner werden die Sachbearbeiter der Reichsarbeitsverwaltung und des Reichsversicherungsamtes und, sofern die beteiligte Berufsgenossenschaft der Aufsicht eines Landesversicherungsamtes untersteht, auch dessen Sachbearbeiter beteiligt. Beauftragte, Sachverständige und Sachbearbeiter haben beratende Stimme. g) Die Beschlüsse des Länderausschusses werden den Landesregierungen mitgeteilt. Falls nicht innerhalb einer vom Vorsitzenden bestimmten angemessenen Frist Einspruch erhoben wird, wird das Einverständnis der obersten Verwaltungsbehörden angenommen. h) An Stelle der mündlichen Beratung kann die schriftliche treten, falls dagegen kein Widerspruch erhoben wird. i) Die Bureaugeschäfte des Landesauschusses übernimmt die Reichsarbeitsverwaltung.
- Der Absatz i) des Erlasses ist bemerkenswert, weil er die Möglichkeit gibt, Sachverständige zur Ausarbeitung der Unfallverhütungsvorschriften nach § 848 der Reichsversicherungsordnung heranzuziehen. Wir nehmen natürlich an, daß als Sachverständige im Sinne des Erlasses auch die Baukontrolleure zu gelten haben, und begrüßen es, daß durch diesen Erlass die Möglichkeit zur Mitwirkung der Kontrolleure aus Arbeiterkreisen bei der Schaffung einheitlicher Bestimmungen auf dem Gebiete des Bauarbeiter-schutzes gegeben sind. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist der Erlass zu begrüßen, weil er die Möglichkeit zur Mitarbeit bei der Beseitigung der Unfallgefahren bietet.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Die Anwartschaft in der Invalidenversicherung. Leider findet man in vielen Kreisen noch eine große Unklarheit über die näheren Bestimmungen der Invalidenversicherung. Dies ist um so bedauerlicher, da sich nicht nur die Leistungen und die Höhe derselben nach der Zahl und Höhe der verwendeten Marken richtet, es können auch alle bereits erworbenen Rechte verlorengehen, wenn keine oder nicht genügend Marken von den Versicherten verwendet werden.

Bei der Invalidenrente muß eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurückgelegt sein, wenn davon mindestens 100 Marken infolge Pflichtversicherung verwendet sind; sind keine oder weniger als 100 Pflichtbeiträge nachgewiesen, erhöht sich die Wartezeit auf 500 Beitragswochen. Eine ähnliche Wartezeit ist bei der Gewährung von Invaliden- und Waisenrente vorgesehen. Neben dieser Wartezeit muß die Anwartschaft aufrechterhalten werden. Dies ist das Wichtigste. Unter Anwartschaft versteht man die Mindestzahl der in einem gewissen Zeitraum verwendeten Beitragsmarken. Fehlt in dieser Anwartschaft auch nur eine einzige Marke, dann geht der Versicherte sämtlicher Leistungen aus der Versicherung verlustig. Leider sind gerade die Bestimmungen über die Anwartschaft wenig bekannt und viele Versicherte geraten durch das Nichteinhalten derselben zu Schaden.

Solange der Versicherte in Arbeit steht, ist die Sache sehr einfach, da muß der Arbeitgeber die Marken kleben. Beim Austritt aus der Beschäftigung hört selbstverständlich diese Pflicht des Arbeitgebers auf. Der Arbeitnehmer muß nun diese Beiträge allein tragen, oder, wie es im Gesetz steht, „die Anwartschaft aufrechterhalten“. Dies ist ja allgemein bekannt. Ueber die Höhe und Anzahl der dann zu verwendenden Marken herrscht aber noch vielfach Unklarheit. Dies ist um so mehr der Fall, als die bisher hierüber bestehenden Vorschriften durch das Gesetz über den Ausbau der Invalidenversicherung vom 28. Juli 1925 geändert worden sind. Während früher die Höhe (Preis) der zu verwendenden Marken den Weiterversicherten freistand, müssen mindestens jetzt Marken der Lohnklasse 2 (50 %) geklebt werden. Weiterversicherer, die einen Erwerb haben, müssen Marken derjenigen Klasse verwenden, die ihrem Einkommen entspricht. Es ist also die freiwillige Versicherung sehr erschwert worden. Marken der 1. Lohnklasse dürfen von den freiwillig Versicherten nicht mehr verwendet werden. Die Zahl der Marken ist den Versicherten freigestellt. Wöchentlich darf jedoch nur eine Marke in die Karte geklebt werden. Es müssen aber mindestens alle zwei Jahre 20 Marken verwendet werden. Die zweijährige Frist läuft vom Ausstellungstag der Quittungskarte ab. Fehlt auch nur eine einzige Marke, so sind alle Rechte verloren. Es kann deshalb den Weiterversicherern nur geraten werden, lieber eine Marke mehr zu kaufen, als zu wenig. Während zur Erhaltung der Anwartschaft auf Rente die Zahlung von monatlich einer Marke genügt, muß der, der eventuell auf Uebernahme eines Heilverfahrens rechnet, monatlich mindestens zwei Wochenbeiträge leisten. Die Invalidenversicherung bleibt auch erhalten, wenn Beiträge zur Angestelltenversicherung geleistet werden; dabei gilt ein Monatsbeitrag der Angestelltenversicherung als vier Wochenbeiträge der Invalidenversicherung. Versicherungsbedingte, die zuletzt bei einer sogenannten Sonderanstalt (Knappschafts- oder Eisenbahnpensionskasse) pflichtversichert waren, dürfen sich, solange sie bei einer Landesversicherungsanstalt nicht wieder pflichtversichert werden, nur bei der Sonderanstalt weiterversichern. Die Quittungskarten sind spätestens alle zwei Jahre gegen neue umzutauschen.

Neben dieser Weiterversicherung gibt es noch eine Selbstversicherung. Personen, die nicht pflichtversichert sind (keine Gewerbetreibende usw.), können der Versicherung freiwillig beitreten, wenn sie das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Diese Selbstversicherer müssen alle zwei Jahre mindestens 40 Beitragsmarken verwenden.

Werden die erforderlichen 20 beziehungsweise 40 Beitragsmarken nicht alle zwei Jahre beigebracht, so erlischt die Anwartschaft. Sie lebt erst dann wieder auf, wenn von neuem 200 Beitragsmarken verwendet worden sind. Hat der Versicherte bei der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses das 40. Lebensjahr vollendet, so hat er durch die neu einsetzende freiwillige Beitragsleistung nur Anspruch an die Versicherung, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Beitragsmarken verwendet waren und von neuem eine Wartezeit von 500 Wochen zurückgelegt ist. Hat der Versicherte, der das 60. Lebensjahr vollendet hat, seine Anwartschaft verloren, so lebt sie nur wieder auf, wenn vorher 1000 Beitragsmarken bezahlt sind und eine neue Wartezeit von 200 Beitragsmarken zurückgelegt ist.

Bei der Pflichtversicherung rechnen noch verschiedene sogenannte Erbschaften auch als Beitragsleistung. Kriegsdienstjahre, mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheiten rechnen bei Pflichtversicherten sowohl bei der Wartezeit als auch bei der Anwartschaft mit. Es brauchen für diese Zeiten von den Pflichtversicherten keine Beitragsmarken verwendet werden. Die freiwillig Versicherten müssen jedoch auch für diese Zeiten Marken kleben.

Wir sehen also, daß die Bestimmungen über die Zurückhaltung etwa verllorener Rechte ziemlich streng sind. Sie müssen aber aus versicherungstechnischen Gründen so sein, um eine Ausnutzung der Versicherung zu verhüten. Wie bereits vorher erwähnt, kann jedem Weiter- und Selbstversicherer nur geraten werden, mehr Marken zu verwenden, als sie der gesetzliche Mindestsatz vorsieht. Dies ist um so ratsamer, als sich die Höhe der Leistungen nach der Anzahl und nach der Höhe der verwendeten Beitragsmarken richtet. Je mehr und je teurere Beiträge der Versicherte bezahlt hat, desto höher ist naturgemäß auch die Rente. Bei der Bewilligung von Heilverfahren und von Bahnreisegeld ebenfalls die Zahl der geklebten Marken ausschlaggebend. Jedem Arbeitnehmer ist zu raten, Marken auf seine eigenen Kosten zu verwenden, wenn er in keinem Arbeitsverhältnis mehr steht oder wenn er arbeitslos ist.

Der Tod im Schnee.

Der Freistaat Hessen. Und der Odenwald. Drüben liegt Darmstadt. Hier sind wir in Eberstadt. Der Himmel schüttelt Lilienblätter auf Lilienblätter — die Stadt ist weiß überblüht, fast ein Meter hoch liegt der Schnee.

Und hier in Eberstadt die Herberge „Zur Art“. Hier fremde Zimmergesellen sitzen beim rotglühenden Ofen. „Das hört heute mit die Schneierei nicht mehr uff.“ „Laß man schneien, 's is Winter.“ „Du kommst aber heute nicht weiter, Du sitzt hier in dem Nest eingeschneit wie 'ne Kofine im Kuchen.“ Da sagte der jüngste von den vier Zimmerleuten: „Und ich komm' heute — doch weiter, ich lauf' noch nach Darmstadt rüber, 's sind nur fünfundzwanzig Kilometer, die tippele ich in fünf Stunden.“ „Bei dem Wetter brauchst Du acht Stunden“ erwiderte der ältere von den vier Zimmerleuten. Und er fuhr fort: „Ich selber will ja auch nach Darmstadt nuff, wir könnten da ja zusammen laufen.“ „Na, so komm!“ sagte der jüngere, „ich zahl' noch 'n Schnaps, um denn laufen wir los.“ „Na, meinethwegen!“ Der Herbergswirt brachte den beiden Handwerksburschen Brot und Wurst, jeder trank zwei Glas Schnaps — und hinterher noch jedem 'ne Tasse Kaffee, die war sehr dünne, aber heiß. Und dann „tigerten“ die beiden los. „Servus!“ Die andern beiden Kunden wollten südwärts, auf Heidelberg zu.

Jetzt laufen die beiden Darmstadt-Wanderer eilends durch den Schnee. 's ist um die Mittagsstunde. Der eine der beiden war gestern von Weiden gekommen und der andere von Süden herauf. Sie hatten sich gestern abend zum erstenmal gesehen.

Wie der Wind so kalt geht, immer scharf von Ost her. Aber vorwärts! Ziel: Darmstadt.

Der eine der beiden Wanderer ist etwa fünfundvierzig Jahre alt, der jüngere kaum zwanzig. Beide tragen den großen, randbreiten Zimmermannshut, am Buckel den Berliner, in der roten Hand den spiralförmigen Knotenstock. Kunden, frisch auf!

Der Junge zu dem Alten: „Ich erwarte in Darmstadt 'n Brief mit Geld, drum eilt es mir so.“ Der Alte zu dem Jungen: „An ich bin ganz blank, ich muß mir in Darmstadt gleich das Verbandsgeld holen.“

Nur weiter, Kunden! Eberstadt liegt hinter ihnen. Verschneiter Wald rechts und links, ein Schneepflug hat wohl 'n hübschen Bahn gemacht, aber es ist durch den Schnee hin doch 'ne mühsame Tapperei.

Zwei Stunden marschieren sie nun. Jetzt sind drei Stunden um. Das ging mal bergauf — das ging mal bergab. Der hügelige Odenwald!

's wird langsam dunkel, am Chauffeestein steht diese Zahl: 12 km — das zählt bis auf Darmstadt.

Nun ward es ganz Nacht. Die Telegraphendrähte brummen im Schneesturm wie Vahgeigen. 's geht scharf bergauf, der Wind hat weiße Barrikaden quer über die Chauffee gelegt, Barrikade hinter Barrikade, wie erstarrete Wellen eines hochnordischen Meeres. Diese Barrikaden müssen durchstochen sein — Kunden, mutig, Brust'vor!

's geht langsam. Wie spät ist es? Ja, wer hat denn als Kunde 'ne Uhr? Was spät auch — nur vorwärts, vorn liegt Darmstadt. In den hohen Fichten aber brandet der Sturm, das ist wie das Gedonner des Stageraaks an den Felsen des dänischen Jütland. Vorwärts!

Langsam nehmen die Kräfte ab, die Kräfte der beiden wandernden Zimmerleute; aber der Sturm nahm zu, und die Kälte nahm zu, die Schneeflocken waren umgewandelt in Eisnadeln, dem jungen Kunden blutete leicht die rechtsseitige Wange, der alte Kunde hatte sich das Antlitz mit einem schmutzigen Taschentuch umwunden, das schützte ein wenig.

Zimmer noch bergauf. „Du!“ sagte der Junge — „Du! Kamerad, laß uns ein wenig rasten“ — seine Brust wogte hoch wie ein Blasebalg in einer funkenprühenden Schmelde. „Ach was,“ meinte der Alte, „rasten?! Wir würden erfrieren.“ Und sie stapften weiter. Der Junge hatte sich in den Arm des Alten eingehakt.

Aber schließlich mußten sie doch rasten, nur ein Viertelstündchen — droben am Bergbuckel, im Chauffeegrab, der ist durch Schlagholz ein wenig vorm Schneetreifen geschützt. Nachher geht es bergab — in 'ner guten Stunde werden wir in Darmstadt sein.“

Da sitzen die beiden Wanderer nun in Sturm, Schnee und Kälte. Die Nacht ist grau, aber der Schnee leuchtet, wie warme weiße Daunebetten.

Nur ein Viertelstündchen! Die beiden Männer rasten nun schon eine volle Stunde. Im trockenen Laube, unten am Chauffeegrab (wo es schneefrei ist) raschelt ein Mäuschen. Die beiden Männer haben das Haupt tief auf die Brust gesenkt, sie schlafen, sie träumen.

Der Ältere von den beiden träumte sein Leben. Im Lande Holstein geboren. Von elf Kindern das jüngste. Ein harter Vater — eine kränkliche Mutter. Die hungernde Lehrzeit — und dann die Wanderschaft, landaus, landein! Schließlich eine gute Arbeitsstelle in der Stadt Brandenburg, bei Meister Heinrich Seiffert. Und dann das große Erleben, die Liebe! Die Liebe zu Martha, zu Martha Seiffert, der Tochter des Zimmermeisters. Und die Liebe ward erwidert, der Meister aber war hart, der sagte seiner Tochter: „Was! den Hein Büsing willst Du heiraten? Den Holsteiner, den Leichtsin? Der säuft ja — da wird mir draus!“ Gewiß, Hein Büsing war ein leichtes Blut, aber sein Herz war edel und rein. Dann kam das glückliche Unglück — Martha fühlte sich Mutter. Hein Büsing sagte: „Mädchen, komm mit! wir wandern zu zweien, wie Josef und Maria.“ Aber Martha fürchtete sich vor der Landstraße, und der Hein ward vom Meister Seiffert fremd geschrieben. Und zum Abschied küßte der Hein seiner Martha dies auf den Mund: „Mädchen! Warte — bis ich komme, Dich holen.“ Dies war der Lebensraum des alten Kunden, der da neben seinem jungen Kameraden im Sturm und Schnee der Landstraße schlief.

Und der junge Wanderer träumte auch sein Leben. Er war ein uneheliches Kind, geboren zu Brandenburg, sein Großvater hatte an ihm Vaterstelle vertreten, seine Mutter hatte manche Träne geweint, jede Träne galt dem Vater des

unehelichen Knaben. Dann die Lehrzeit beim Großvater, und dann der Krieg in die Welt, der Wandertrieb — wie bei den Schwalben, Wildgänsen und Störchen. Und draußen in der Welt immer die Sehnsucht im Herzen, die Sehnsucht hin zur Mutter — um ihr die Wundmale bitterer Tränen fortzuküssen. Dies war der Lebensraum des jüngeren Wanderers, der da neben seinem alten Kameraden im Sturm und Schnee der Landstraße schlief.

Kunden! wacht uff — 's ist Mitternacht. Aber die Kunden rühren sich nicht. Im dünnen Laube des Grabens rührt sich nur ein hungerndes Mäuslein, das klettert an den Schlafenden hoch, es frißt einige Prosamen aus den kalten Rocktaschen der Wanderer, dann schlüpft das Mäuschen durch Weste und Hemd hin dem alten Wanderer auf die Brust, Mäuslein erschrickt — und es lehrte seinen Schlupfweg zurück, auf der Wölbung der Menschenbrust war es eiskalt. Der alte Wanderer war tot. Er war erfroren. Der jüngere Wanderer neben ihm war bereits ein halbe Stunde früher — erfroren.

Es ging dann auf morgen. Gegen 8 Uhr früh bellte ein Fuchs, vor Schmerz, vor Kälte, er hatte sich eine Pfote erfroren, beim nächtlichen Jagen. Der Fuchs schnupperte herum an den Leichen der beiden Erfrorenen. Da horchte er auf, er spitzte die Ohren, er sog Witterung ein: durch die schwarze Nase — und hu! war er im Walde verschwinden. Zur rechten Zeit, hier prustet mühsam das Postauto bergauf, im Postauto sitzen die Jäger.

Der Chauffeur am Postauto schaut scharf — was ist das da am Scheitholz? Am Chauffeegrab? Ja, zwei erfrorene Handwerksburschen. Die Jäger prüften den Schlafers Puls und Herz, aber alles war tot, die armen Menschen waren steif und kalt. Man nahm sie mit nach Darmstadt, da setzte das Postauto die beiden erfrorenen Kunden am Krankenhaus ab. Die Papiere kamen zur Polizei: „Heini Büsing aus Holstein.“ „Willy Seiffert aus Brandenburg.“

Weiter ist nichts zu vermerken. Zwei Leben waren zu ihrem Ausgange zurückgeführt! Der Erdball dreht sich weiter.

Doch, es ist noch ein kleines zu vermerken. Auf der Post zu Darmstadt lag ein Brief; ein Brief für Willy Seiffert, Zimmermannsgeselle auf Wanderschaft. Der Brief lautete so: „Mein lieber Sohn Willy! Ich schide Dir hier 50 M, komme Du sofort heim. Großvater ist schwer krank. Es muß doch jemand hier sein, der auf das Zimmergeschäft schaut, und der sollst Du sein. Es ist bitterkalt, ich bin so sehr in Sorge um Dich; ich weiß nicht was es ist — aber ich zittere vor Angst, wenn ich nur an Dich denke. Ich hatte dieser Tage einen komischen Traum. Mir träumte, ich läge in Sterbebette; Du und Dein Vater Hein Büsing, von dem ich Dir ja alles erzählt habe; Ihr beide standet an meinem Totenbette; ich starb, und Du und Dein Vater, Ihr alle beide, drücktet mir die Augen zu. Das war mein Traum. Und dieser mein Traum ist meine Unruhe. Komme Du sofort, sofort sofort. Deine Dich treu liebende Mutter Martha Seiffert.“

Alles ist aus. Freunde! Ihr habt verstanden. Es gibt so viel Bitternis und Unglück in der Welt, wir wollen uns lieben und uns näher zueinander finden, solange noch Leben und Können in uns glüht. Herz mehr zum Herzen, und wenn die Herzen ganz nahe beieinander schlagen, dann sagen wir: „Harmonie!“, „Friedel!“, „Sozialismus!“ Das sind die drei Sterne über der Nacht unserer winterlichen Welt. Sterne! Sterne! blühet und blühet!! Mag Dort u.

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. 3. Jahrgang, Heft 1, Januar 1926, Berlin, Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 1 M. Es wird vielfach nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit hervorgehoben, daß in der Gesamtheit der Forderungen der Arbeiterbewegung eine neue, eigenartige Idee der Nation zum Ausdruck kommt, die sich auf neuesten Gebieten, insbesondere in dem modernen Arbeitsrecht, durchzusetzen beginnt. In dem ersten Heft des neuen Jahrganges weist der Herausgeber der „Arbeit“, Theodor Leipart, in einem zum Gedächtnis von Karl Legien geschriebenen Artikel nach, in welchem Maße dieser große Führer die wachsende Bedeutung der deutschen Gewerkschaften für das Volksganze erkannt und ihre Aufgaben in Staat und Wirtschaft vorausbestimmt hat. — Dr. Bruno Bröder untersucht in einer sorgfältigen Analyse die Bedeutung des gewerkschaftlichen Gedankens unter den geistigen Arbeitern und weist auf eine Zielgemeinschaft hin, die künftighin noch bewußt vertieft werden muß. In einem Aufsatz „Leber Bedingungen und Nebenerscheinungen einer Vermehrung oder Verminderung der Produktion“ unternimmt der bekannte Arbeitswissenschaftler Dr. Otto Lipmann den Versuch, die Beschaffung einwandfreier Materials zu dieser wichtigen Frage anzuregen. Die drei letzten Aufsätze sind wirtschaftspolitischen Problemen gewidmet. Franz Spließ behandelt eingehend das schwerwiegende Problem „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“. Die Untersuchung der brennendsten Frage dieser Monate wird in wirkungsvoller Weise ergänzt durch den Aufsatz von Friedrich Ost: „Wo steht die deutsche Nationalisierung?“, in dem an reichem Material die Erfolge und Versäumnisse der bisherigen Nationalisierungsbestrebungen nachgewiesen werden. Der abschließende Artikel von Dr. Fritz Baade, „Zukunftsaufgaben sozialistischer Wirtschaftspolitik“, erörtert in eindringlicher Beweisführung die Schwierigkeiten, die der Schaffung einer übernationalen Wirtschaftseinheit entgegenstehen, die Aufgaben, die sich für die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung in diesem Zusammenhang ergeben; er zeigt, inwieweit es von der Sachkenntnis und der verantwortlichen Arbeit der sozialistischen Organisationen abhängt, die sich vollziehende Durchbringung der Wirtschaft mit öffentlich-rechtlichen Organisationselementen planmäßig zu gestalten. Die Rundschau bringt außer „Ergebnissen der Arbeitswissenschaft“ in den Heftseiten eine Reihe wertvoller Ergänzungen der im Aufsatzteil behandelten Fragen.

Von der „Frauenwelt“ liegt Nummer 2 vor. Jedes Heft der „Frauenwelt“ kostet 30 ¢ (mit Schnittmusterbogen 10 ¢ mehr) und ist zu beziehen durch jede Volksbuchhand-

lung und Postanstalt oder direkt vom Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Von der „Illustrierten Reichsbannerzeitung“ liegt Nr. 4 vor. Die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ erscheint wöchentlich zum Preise von 20 ¢ pro Nummer und ist durch alle Gruppen des Reichsbanners, durch jede Postanstalt und Buchhandlung zu beziehen.

Leben links. Die Nr. 3 des republikanischen Witzblattes „Leben links“ steht unter dem Zeichen der Fürstenabfindung und der ungarischen Banknotenfälscherei. „Leben links“ kostet pro Nummer 20 ¢ und ist durch jede Postanstalt, Buchhandlung oder direkt vom Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, zu beziehen.

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 1. Februar:

Düsseldorf: Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Flingerstraße. — **Sagan:** Nachmittags 5 Uhr im Volkshaus, Tischendorferstraße.

Dienstag, den 2. Februar:

Aken: Nachmittags 5 Uhr im Volkshaus. — **Jæhøe:** Abends 8 Uhr bei Sarau, Sanduhle 8. — **Sommerfeld:** Gleich nach Feierabend bei Martini, Burgstraße. — **Wittenberg:** Nachmittags 5 Uhr bei Ziegler, Tapfstr. 1.

Mittwoch, den 3. Februar:

Essen, Bezirk Bottrop: Abends 5 Uhr im Volkshaus, Gladbecker Straße. — **Guben:** Abends 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lange Straße 5. — **Raugard i. Pommern:** Abends 8 Uhr bei Bäckermeister Habrecht.

Freitag, den 5. Februar:

Braunschweig: Abends 7½ Uhr in „Stadt Helmstedt“. — **Deffau:** Gleich nach Feierabend im „Livol“. — **Husum:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Neustadt a. d. Orla:** Abends 5 Uhr im „Eiseller“. — **Welbert:** Gleich nach Feierabend bei Leimbau, „Schützenhaus“. — **Wiesdorf am Niederrhein:** Abends 7 Uhr beim Gastwirt Torini, Schießbergstraße.

Sonntag, den 6. Februar:

Dortmund: Abends 7 Uhr im „Bürgerhaus“, Poststraße. — **Gelsenkirchen:** Abends 7 Uhr bei Bulbert, Ecke Vereins- und Kampstraße. — **Jarmen:** In der Herberge. — **Münster i. W.:** Abends 5 Uhr bei Aug. Brinkmann, Krummer Timpen. — **Trier:** Abends 5½ Uhr bei Meier, Am Hauptmarkt.

Sonntag, den 7. Februar:

Bonn: Vormittags 10 Uhr im „Salzrumpfen“, Hundsgasse 5. — **Düsch-Krone:** Nachmittags 2 Uhr bei Gräbe, Frist. — **Sieleben:** Nachmittags 2 Uhr im Volkshaus. — **Marne:** — **Neuwied:** Vormittags 10 Uhr bei Wirtz, Marktstraße. — **Lüdenscheid:** Vormittags 10 Uhr bei Kölle, Hochstr. 12. — **Remscheid:** Vormittags 10 Uhr im Volkshaus. — **Swinemünde:** Vormittags 3 Uhr bei Lanf.

Anzeigen.

Zahlstelle Glauchau.

Allen reisenden Kameraden zur Kenntnis, daß eine Lokalunterstützung nicht mehr gewährt wird. Ferner hat sich jeder Kamerad den Anweisungen des Kassierers bei der Anzahlung zu fügen. [4,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Marienburg.

Die Adresse des Vorsitzenden ist Wilhelm Hirschfeld, Marienburg, Große Werkstr. 10. [3 M.]

Zahlstelle Nauen.

Allen reisenden Kameraden zur Kenntnis, daß in der Zahlstelle Nauen Reiseunterstützung und auch Lokalunterstützung nicht mehr gezahlt wird. [3,75 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Siegen i. W.

Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, den Zimmerer Richard Schneider, geboren 12. Juli 1905 zu Ritterfeld, daran zu erinnern, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Siegen gegenüber nachzukommen. [4,50 M.] Der Vorstand.

Achtung, Zahlstellenkassierer!

Der Kamerad Heinrich Czerlikowsky, Buch-Nr. 415 441, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Emden nachzukommen. Er ist wahrscheinlich in Bielefeld. Die Kassierer werden ersucht, ihn an seine Verpflichtungen zu erinnern. [5,25 M.] Zahlstelle Emden.

Hermann Debertshäuser und Alex Holstein

sendet Eure Adressen an Franz Saletzki, fremder Zimmerer in Ohra b. Danzig, Hinterweg 16. Es handelt sich um den Unfall in Berl a. d. Mosel.

Der **Willy Harre**, geboren in Deyn-Zimmerer hausen, wird ersucht, seinen Verpflichtungen in Goslar nachzukommen. Kameraden und Zahlstellenkassierer, die den Aufenthalt des W. Harre kennen, werden gebeten, die Adresse zu senden an **Wilh. Bosse**, Kassierer der Zahlstelle Goslar, [5,25 M.] Goslar, An der Abzucht 18.

Der **Alex Holfstein** wird gebeten, seine Adresse zu senden an Joh. Meiers, Kreis Wittlich. [2,25 M.]

Warnung!

Sollte der Zimmerer Paul Müller, geboren 18. Juli 1903 in Lindau (Anhalt), versuchen, sich in irgendeiner Zahlstelle wieder einzuschleichen, so werden die Kassierer ersucht, die Zahlstelle Zerbst (Anhalt) sofort zu benachrichtigen. [5,25 M.] Der Vorstand.